



Texte, Beiträge und Diskussionen
zum Thema:
Chiapas und die Linke



[Aufruf und Einladung zum II. Internationalen Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus \(25. Juli - 3. August\)](#)

Inhalt

[Kritik tut dringend NOT.](#) (Timo Reinfrank)

[Einigkeit um jeden Preis.](#) Das Europäische Vorbereitungstreffen in Berlin für den I. Intergalaktischen Kongreß gegen den Neoliberalismus und für die Menschlichkeit. (Tobias Ebbrecht)

[Chiapas und die Linke? - Die Linke in Chiapas!](#) Das "Intergalaktische Treffen gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft" 26.7. - 3.8.1996 in Chiapas/ Mexiko (Helen Schwenken)

[Zapatistas und die deutsche Linke?](#) Die Diskussion steht noch aus. (Boris Kanzleiter)

[Zugleich auf neuen und alten Wegen.](#) Leerstellen und Potential dreijähriger Chiapas - Solidarität. (Jens Winter)

[Postmoderne Aufstände - Für eine Abwicklung des Nordens.](#) (Christoph Spehr)

[Mas de lo mismo?](#) - Alles weiter wie bisher? Mexico im Jahr IV des zapatistischen Aufstandes. (Jutta Klab)

Epitaph für den Zapatismus. Eine postkommunistische Revolte gegen das "Ende der Geschichte"? (Klaus Wehmeier)

"Der Kapitalismus hat kein einheitliches Feindzentrum" Ein Gespräch über Zapatismus; Neoliberalismus und Widerstand mit Brigitte Astonk (ehemalige Gefange aus der RAF), Christiane (Mexiko-Gruppe im FDCL), Sol (Für eine linke Strömung, Fels) und Wolfgang Rüdtenklau (Umweltbibliothek Ost-Berlin)

Krieg gegen das Vergessen und die Lüge Kampf. Politikverständnis und Sprache der EZLN. (Jutta Klaß)

Ein nationales Erfolgsprogramm produziert den passenden Widerstand. Mit einem Nachschlag: "Wer darf Kritik üben? Wer muß sie hören?" (Frank Sobich)

Die erste postmoderne Solidaritätsbewegung - eine Kritik an der Marcomanie. (Peter Nowak)

Quo vadis Solidaridad? Thesen zu Solidarität und Internationalismus. (Tobias Ebbrecht)

Quo vadis Tobias? (Fels-Intersol AG)

Gut gemeint und voll daneben. Provokationen zur Geschichte des linken Internationalismus. (Frank Sobich)

Die Vielseitigkeit des zapatistischen Kampfes. (Ana Ester Cecena)

Marsmenschen. Die zapatistische Bewegung steht noch ganz am Anfang (Ann Stafford)

Impressum:

"Chiapas und die Linke"

MitherausgeberInnen:

* **Internationalismusreferat des AStA der Ruhruni Bochum,**

* **AStA der Uni Hannover, *Hochschulreferat des AStA der Gesamthochschule Duisburg,**

* **fzs (freier Zusammenschluß von studierendenschaften),**

* **AG Weltladen beim AStA der Uni Bremen,**

* **ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin,**

* **No es Facil e.V.,**

* **Antifareferat des AStA der BGH Wuppertal**

Die Rechte für die Texte liegen bei den einzelnen AutorInnen.

Weitere Publikationen u.a. zum Thema Neoliberalismus sind geplant.

Dank an Danny für den mickrigen Schluck Kaffee; Carsten für die Technix; Jürgen, Nele,

Babsi, Elène, Axel u. Yvo für die Bildbearbeitung.

ISBN: 3-926522-10-0

[Seitenanfang](#)



Texte, Beiträge und Diskussionen zum Thema: Chiapas und die Linke

Kritik tut dringend NOT!

Ein Teil der Texte, die in dieser Broschüre abgedruckt sind, entstanden anlässlich einer Diskussionsveranstaltung zum Thema "Chiapas und die Linke", zu der das Internationalismusreferat des AStA der Freien Universität Berlin im März 1997 eingeladen hatte. Referiert und diskutiert haben Helen Schwenken vom Internationalismusreferat der Ruhruni Bochum, Boris Kanzleiter von der Mexiko-Gruppe im FDCL, Christoph Spehr von der Zeitschrift Forum der BuKo-Mitgliedgruppen und Frank Sobich vom Internationalen Arbeitskreis der "junge Linke". Jutta Klaß, Soz-Redakteurin und Mitglied bei Zapapress mußte leider absagen, hat uns aber dennoch zwei Texte zukommen lassen. Der andere Teil der Texte war Grundlage für unsere Diskussionen, die wir auch einem breiteren Publikum zugänglich machen wollten.

Der Grund für die Veranstaltung war das Verhältnis und die Auseinandersetzung der deutschen Linken mit ihrem "*Objekt der Begierde*" (links), der ELZN in Chiapas/ Mexiko.

Die Solidarität mit der zapatistischen Armee der nationalen Befreiung, ist zumindest in der BRD durch Revolutionsromantik, Heroisierung, Personifizierung, einem oberflächlichen Verständnis von Feminismus, sorglose Übertragung und Gleichsetzung von Begriffen, wie z.B. Zivilgesellschaft, Würde, Freiheit oder Gerechtigkeit, sowie dem Verzicht auf eine inhaltliche Auseinandersetzung und theoretische Bewertung des Aufstandes, unter Bezugnahme auf die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik, gekennzeichnet. Erfreuliche Ausnahmen bestätigen dabei die Regel!

Uns ging es bei der Veranstaltung nie darum die Unterstützung für die Menschen in Chiapas in Frage zu stellen, die ihren "Arsch" für das unmittelbare Überleben und demokratische Verhältnisse in Mexiko täglich riskieren.

Vielfach wurde die Solidarität mit den Zapatistas gar als eine neue Form des Internationalismus verstanden. Etwas hat sich in der Tat verändert: Die EZLN ist nicht mehr die klassische, militärische Guerillaorganisation, sondern eine "Bürgerbewegung", die in Hinsicht auf viele verzivilgesellschaftliche Metropolenlinke, eine kompatible Größe in den Mittelpunkt gerückt hat, den Kampf um demokratische Verhältnisse. Und das kam nach dem Krieg in Jugoslawien für "die Linke" gerade recht, wo es doch vermeintlich so schwierig war, sich für die eine oder andere Seite zu entscheiden. Keine schwierigen kräftezerrenden Auseinandersetzungen mehr, um die richtigen Positionen.

Den politischen Bezugsrahmen der Aufständischen, die Nation, wurde auch dieses Mal von "der Linken" nicht in Frage gestellt, sondern blieb außen vor. Allzuoft wurde erstaunlicherweise auf Lenin verwiesen, der den gerechten Nationalismus der kleinen Völker von dem Falschen der Großen unterschied.

Und überhaupt, in Lateinamerika seien "die Unterdrückten" die Nation, "das könne die bundesdeutsche Linke aufgrund ihrer Geschichte eben nicht verstehen".

Die hier abgedruckten Texte und Referate spiegeln einen Teil der Diskussionen innerhalb der

bundesdeutschen Linken, um den Aufstand in Chiapas wieder. Die Positionen wollen dabei so gar nicht zusammen passen und das ist auch gut so.

Die Texte stehen für sich!

Unser besonderer Dank gilt den MitherausgeberInnen sowie dem AStA der Universität Münster, die durch ihre Unterstützung eine weite Verbreitung dieses Readers ermöglichen.

Viel Spaß beim Lesen!

[Seitenanfang](#)



Texte, Beiträge und Diskussionen zum Thema: Chiapas und die Linke

Einigkeit um jeden Preis

Das Europäische Vorbereitungstreffen in Berlin für den I. Intergalaktischen Kongreß gegen den Neoliberalismus und für die Menschlichkeit

Berlin im Mai 1996. Nach VeranstalterInnenangaben treffen sich über 1.000 Menschen aus ganz Europa zum ersten europäischen Vorbereitungstreffen für das interkontinentale Treffen "Gegen Neoliberalismus und für die Menschlichkeit" im Sommer in Chiapas/Mexiko. Seit langem der erste Kongreß wo das ganze Spektrum der Internationalismus und Solidaritätsszene sich zusammenfand und gemeinsam diskutierte. Die früher so aktiven Grünen oder Teile der PDS waren (glücklicherweise ?) nicht auf dem Kongreß präsent, so daß die außerparlamentarische Linke den Kongreß für sich nutzen konnte. Der AStA der Freien Universität trug durch seine finanzielle Unterstützung der Kongreßveranstalter, v.a. der Mexiko-Gruppe des FDCL und durch die Übernahme eines Teils der Kosten für die Übersetzungsanlage nicht nur ideell zu diesem Vorbereitungstreffen bei, sondern auch persönlich. Beispielsweise hatten wir versucht, eine Veranstaltung zu der Situation der Linken in Lateinamerikas zu organisieren.

Über das Ergebnisse des Kongresses läßt sich freilich streiten, daß tun auch wir. Mit lauter Kritik tat sich zum Beispiel die junge Welt hervor (Vgl. "La Realidad, Berlin: Weshalb die Zapatisten besser nicht in Europa tagen", junge Welt vom 10.9.96), der das ganze zu sehr ein diffuses Gebrabbel über Neoliberalismus war, ohne viel über Kapitalismus nachzudenken.

Die Solidaritätsbewegung ist tot, es lebe die Solidaritätsbewegung!

Die aufständigen ZapatistInnen hatten zu diesem Treffen aufgerufen, um Perspektiven gegen die neu erkorenen Erzfeinde "Neoliberalismus" und "Globalisierung" weltweit zu entwerfen. Neue Impulse erhoffte sich mensch allerdings von diesem Treffen vergeblich. Wer geglaubt hatte, die bedingungslose Solidaritätsbewegung innerhalb der radikalen und weniger radikalen Linken hätte spätestens seit dem Ende der sogenannten Systemkonkurrenz abgedankt, sah sich schwer enttäuscht. Vielerorts wurde der "gemeinsame Kampf" als die Grundlage jeder Solidarität ausgemacht; von Inhalten keine Spur. Denn die - so zumindest ein Teilnehmer einer Diskussion unter dem Titel: "Chiapas in den Metropolen" - "entstehen dann ja im gemeinsamen Kampf." Mit wem die wackeren europäischen GenossInnen dann kämpfen ist ziemlich egal, da kann es sich ruhig um eine antisemitische, sexistische und nationale Befreiungsbewegung handeln, die im Extremfall dafür kämpft, daß das eigene "Volk" (sic!) in Zukunft nicht mehr von fremden ImperialistInnen, sondern wenigstens von den eigenen Landsleuten ausgebeutet wird. Jede Kritik an solch unkritischer Einschätzung von "Befreiungsbewegungen" wird von vorneherein als "Neue Ideologie" weit weg gewiesen. Denn: Wer in Deutschland von Blut und Boden redet, kriegt

natürlich ein paar auf's Maul, aber in Lateinamerika oder der Türkei ist das natürlich was ganz anderes." Häh, wie meinen?

Einigkeit um jeden Preis

Seltsame Übereinstimmung aber herrschte in Berlin, daß Kritik und Differenzen ohnehin tabu waren. Viel leichter fiel es den Anwesenden, die Gemeinsamkeiten hervorzukehren und ein möglichst harmonisches Wochenende zu verleben. In dieses Konzept paßte der Wunsch nach "ganzheitlicher Erfahrung" einer Arbeitsgruppe hervorragend. Überhaupt boten Esoterik und die Suche nach einer neuen "Identität" einen willkommenen Ersatz für die fehlenden Inhalte. Obwohl gerade die Zapatistas (zumindest anfangs) den üblichen Personenkult umgehen wollten und auch die anwesenden GenossInnen immer wieder beteuerten, daß die Bewegung und nicht Subcommandante Marcos im Vordergrund stünde, hörte mensch doch allenthalben, was für ein Vorbild der Sub doch sei, und daß er den suchenden europäischen Linken wieder eine neue Identität gegeben habe.

Idealisierung von KämpferInnen

Die internationale Solidaritätsbewegung, längst totgeglaubt, hat sich mittlerweile selbst überlebt. Die kritische Auseinandersetzung mit GenossInnen und Bewegungen überall auf der Welt - die zeigt, daß mensch sich ernstnimmt und aufeinander bezieht - ist Ersatzreligiösität und unkritischer Harmoniesucht gewichen. Das beweist wie wenig die europäischen InternationalistInnen aus ihrer Geschichte gelernt haben. Seit den Anfängen einer internationalistischen Bewegung in Vietnam, später Lateinamerika und Südafrika hat sie es nicht geschafft, die Zerreißprobe zwischen dem Kampf der unterschiedlichen, größtenteils nationalen Befreiungsbewegungen, und dem Leben hier in Europa und den westlichen Metropolen zu bestehen. Die internationale Bewegung stand und fiel mit den Aufständen und Bewegungen in den drei Kontinenten. Dabei entstand eine Solidaritätsbewegung, die sich danach sehnte eine größtmögliche Identifikation mit dem Kampf in beispielsweise Kuba oder Nicaragua zu erreichen. Inhalte und Debatten entlang der europäischen und vor allem der deutschen Wirklichkeit, also z.B. mit Blick auf Nationalismus und Faschismus blieben dadurch auf der Strecke, b.z.w. wurden vom Kampf der GenossInnen am anderen Ende der Welt getrennt. Bedingungs- und kritiklose Solidarität waren die Folge. Genauso wie die Orientierung der Politik an den Befreiungskämpfen der Welt. Dies führte zu einer Überschätzung und Idealisierung der kämpfenden GenossInnen durch das (inhaltslere) Bestreben der westlichen GenossInnen, den Kampf in theoretische Muster zu zwängen und so faßbar" zu machen.

Kampf in den Metropolen

Die zweite praktizierte Variante war, den Kämpfen in den drei Kontinenten eine analogen Kampf in den Metropolen" gegenüberzustellen. Dieser Kampf hatte nicht das Ziel, eine Gegenbewegung in den westlichen Metropolen zu initiieren. Es handelte sich statt dessen um eine simple Übertragung des Kämpfe, z.B. in Vietnam auf europäische Verhältnisse. Dabei geht es sich weder um eine Auseinandersetzung mit Befreiungsbewegungen und ihren Inhalten, noch um die Bestimmung von Politik in Europa oder den Metropolen. Vielmehr geht es um eine Solidarität, die keine verbindenden Inhalte benötigt, sondern deren Gemeinsamkeiten sich im Kampf gegen eine Regierung, ein System oder einen Staat erschöpfen. Nicht, daß dies ein durchaus lohnenswertes Streben ist, aber ohne inhaltliche Ausrichtung wird solche Solidarität zu einem sinnloses und kontraproduktives Unterfangen..

Natürlich kann es sinnvoll sein, Waffen für Marcos zu fordern (obwohl der Sub ja davon ausgeht, daß sich jedeR Copaner@ seine/ihre Waffe selbst verdienen muß [sic!]), wie auch Waffen für El Salvador gefordert wurden. Aber das ist keine internationale Politik. Internationale Politik muß sich ernsthaft und auch durchaus kritisch, mit den Inhalten scheinbar emanzipatorischer Bewegungen auseinandersetzen und Perspektiven für die eigene Arbeit in den Metropolen entwickeln, ohne in ihren Grenzen gefangen zu bleiben. Dazu gehört dann beispielsweise auch die Auseinandersetzung über die von Marcos favorisierte umstrittene Zivilgesellschaft".

Individualisierung von Politik

Die Abkehr von Inhalten und zu diskutierenden Differenzen wird unter dem Deckmantel der Ideologiekritik aber in die falsche Richtung führen. Die Folge wird eine weitere Individualisierung von Politik als "Bauwagenwiderstand" und Subsistenzverliebtheit, und die Förderung von Ersatzpolitik in Form von neureligiösen und spirituellen Ausprägungen mit all seinen Identitäten und Naturvorstellungen sein. Eine internationale Bewegung, die sich nicht nur von gerade aktuellen, nationalen Befreiungskämpfen ableitet, muß es schaffen, Neoliberalismus und Globalisierung in einen direkten Zusammenhang mit dem Kapitalismus zu bringen, wie es in Berlin nur selten geschah, und Inhalte und Perspektiven, einer Individualisierung und neuen kollektiven Identitäten gegenüberstellen.

Der Artikel erschien bereits im Neuen Dahlem, Zeitung des AStA FU, und ist eine überarbeitete Version, die Tobias Ebbrecht für die Zeitung Schlagloch im Juni 1996 geschrieben hat.

[Seitenanfang](#)



Texte, Beiträge und Diskussionen zum Thema: Chiapas und die Linke

Zapatistas und die deutsche Linke?

Die Diskussion steht noch aus.

Zweitausend bewaffnete Kleinbauern besetzten in der Nacht zum 1. Januar 1994 einige Landkreishauptstädte des süd-mexikanischen Bundesstaates Chiapas. "Wir sind das Ergebnis von 500 Jahren Kampf", schreiben sie in ihrer ersten Erklärung, und: "Wir, integere und freie Männer und Frauen, sind uns bewußt, daß der Krieg, den wir erklären, das letzte, doch gerechte Mittel ist. Die Diktatoren führen seit vielen Jahren einen mörderischen, nicht erklärten Vernichtungskrieg gegen unsere Völker. Deshalb bitten wir dich um deine entschlossene Teilnahme an diesem Kampf für Arbeit, Land, Obdach, Nahrung, Gesundheit, Bildung, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden. Wir erklären, daß wir nicht aufhören werden zu kämpfen, bevor wir die hier deklarierten Grundforderungen unseres Volkes erfüllt haben und eine Regierung in einem freien und demokratischen Land bilden können." (Erste Deklaration aus der Selva Lacandona)

Rebellion, Repression und Verhandlungen

Der Kriegserklärung folgte die Repression. Die Regierung kommandierte Zehntausende Soldaten in das rebellische Chiapas ab. Die Luftwaffe bombardierte die Zivilbevölkerung und sich in den Dschungel der Selva Lacandona zurückziehende Zapatistas. 500 Tote sollen die Kämpfe in den ersten Januartagen 1994 gefordert haben, bis am 12. Januar eine Waffenruhe vereinbart wurde. Der Regierung war deutlich geworden, daß sie den bewaffneten Aufstand militärisch nicht unterdrücken konnte, ohne daß ganz Mexiko zum Pulverfaß geworden wäre. In allen Landesteilen gingen Tausende auf die Straße, um ein Ende der militärischen Niederschlagung des Aufstandes zu fordern. Die internationale Öffentlichkeit reagierte bestürzt.

Heute, über drei Jahre nach dem Ausbruch der Rebellion, ist Mexiko ein verändertes Land. Der seit fast 70 Jahren regierende sklerotische Dinosaurier mit dem Namen Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) ist noch immer an der Macht und verteidigt sie wild um sich schlagend. Doch längst sind in der Staatspartei sich bekämpfende Fraktionen entstanden, die auch vor Morden an "Parteifreunden" nicht zurückschrecken. Die linken oppositionellen Bewegungen haben durch den Aufstand der Zapatistas Auftrieb erhalten, doch es ist ihnen bisher nicht gelungen, eine einheitliche Plattform für den Kampf gegen die PRI und das herrschende neoliberale Modell zu finden. Auf der anderen Seite wird, auch durch die Unterstützung von Teilen der PRI-Eliten, die klerikal-konservative neoliberale PAN (Partei der

Nationalen Aktion) stärker und besetzt mittlerweile wichtige Positionen in verschiedenen Bundesstaaten vor allem im Norden Mexikos. Sie speist ihre Kraft aus dem Unmut breiter Mittelschichten und deren Angst vor einem Bürgerkrieg.

Die Aufstandsbekämpfungsstrategie der Regierung von Präsident Ernesto Zedillo enthält zwei Elemente: Durch eine massive Aufrüstung der Streitkräfte, unterstützt durch das Militär der USA, werden alle potentiellen Unruheherde militarisiert. Das gilt für Chiapas, aber auch für die Bundesstaaten Guerrero, Oaxaca, Puebla, Tabasco und Veracruz, in denen andere Guerillagruppen operieren und die Welle von zivilen Mobilisierungen von Kleinbauern und Indígenas ungebrochen anhält. Hunderte Opfer unter den Aktivsten der Campesino- und Indígena-Organisationen fordert dieser "Krieg niedriger Intensität" der Regierung. Allein in Chiapas sind seit der "Waffenruhe" vom Januar 1994 etwa 1400 Menschen Opfer der Repression geworden. Andererseits macht Zedillo verbale Integrations- und Reformangebote an die Opposition, die aber letztlich nur hinhaltende Wirkung haben und nicht auf ernsthaften Verhandlungswillen schließen lassen. So bleibt die Gefahr einer militärischen Eskalation der sozialen Konflikte bestehen.

Solidarität

Wie nicht anders zu erwarten, reagierte die übriggebliebene deutsche Linke in einem ersten Moment interessiert bis euphorisch auf die Zapatistas. Endlich wieder ein Hoffnungsschimmer in der grauen nachsozialistischen Wendezeit! Und dann auch noch bewaffnete, maskierte Indígenas, die scheinbar den 3:1 Ansatz in ihre Ideologie aufgenommen haben, da konnten die Herzen der Restlinken in Deutschland nur frohlocken. Ein neues Objekt der Solidarität war aufgetaucht!

Es soll hier nicht gespottet werden, denn die EZLN benötigt Solidarität und alle Versuche, diese hier aufzubauen, sind nützlich und notwendig. Desorientierung machte sich allerdings breit, als die Zapatistas die Solidaritätskomitees dazu aufriefen, mehr zu tun, als Geld nach Chiapas zu schicken und Protestresolutionen gegen Menschenrechtsverletzungen zu formulieren. Die Zapatistas forderten im Januar 1996 dazu auf, in eine weltweite Debatte über die Auswirkungen des Neoliberalismus zu treten und Wege zu einer menschlichen Gesellschaft unter den heutigen Bedingungen neu zu diskutieren. Dies allerdings überforderte die Solidaritätsgruppen. Trotz eines europäischen Treffens vom 30. Mai bis 2. Juni 1996 in Berlin zur Vorbereitung des "Interkontinentalen Treffens für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus", an dem 1300 Menschen aus ganz Europa teilnahmen und dem Interkontinentalen Treffen selbst, an dem in Chiapas Anfang August 3000 Menschen, davon etwa 100 aus der BRD, teilnahmen, kommt die Diskussion in Deutschland nicht so recht vom Fleck.

Warum dies so ist, darüber kann ich nur Mutmaßungen anstellen. Die Solidaritätsgruppen selbst sind organisatorisch und personell schwach und daher nicht in der Lage, eine breite Debatte über ein so umfassendes Problem wie den Neoliberalismus und den Kampf für eine menschliche Gesellschaft zu organisieren. Außerhalb des Soli-Spektrum hat der Aufruf der Zapatistas aber kaum gefruchtet. Die radikale deutsche Linke, falls es überhaupt erlaubt ist, so allgemein über eine Ansammlung von Grüppchen und Individuen zu sprechen, konnte mit dem Aufruf der EZLN offensichtlich wenig anfangen. In ihren Zeitschriften finden sich zwar jede Menge Informationen über die Situation in Chiapas und Solidaritätsaufrufe, aber eine Diskussion über "Neoliberalismus und menschliche Gesellschaft" in Verbindung mit dem Aufstand der Zapatistas findet schlicht nicht statt. Und das Spektrum im weitesten Sinne links orientierter sozialer Bewegungen, oder gar Großorganisationen wie die Gewerkschaften oder Parteien, nahmen vom Aufruf der EZLN anscheinend überhaupt keine Notiz, jedenfalls reagierten sie nicht darauf, individuelle Ausnahmen ausgeschlossen. In anderen Ländern Westeuropas stellt sich dies übrigens anders dar. In Frankreich, Italien oder dem Spanischen Staat hat die Initiative der Zapatistas weit mehr Aufmerksamkeit erregt, in den linken Organisationen, aber auch in der bürgerlichen Presse.

Das Thema "Chiapas und die deutsche Linke" ist also schwer zu diskutieren, denn es gibt kaum eine inhaltliche Auseinandersetzung der deutschen Linken mit den von der EZLN aufgeworfenen Fragen. Das empfinde ich als großen Mangel, denn die EZLN stellt ein neues politisches Projekt dar, das modellhaften Charakter haben könnte. Ich werde mich im folgenden darauf konzentrieren, die Politik der EZLN darzustellen, weil diese für die deutsche Linke vielleicht einige Denkanstöße enthält. Es geht also darum,

eine Grundlage für eine weitergehende Diskussion zu schaffen.

Die Bedeutung des Aufstandes der EZLN für Mexiko

In Mexiko jubelte die Regierung von Präsident Carlos Salinas in den letzten Monaten des Jahres 1993 über den angeblich bevorstehenden Eintritt Mexikos in die "Erste Welt". Das Inkrafttreten des NAFTA-Abkommens über eine nordamerikanische Freihandelszone stand zum 1. Januar 1994 auf dem Terminkalender. Carlos Salinas wurde als Musterknabe des IWF und der Weltbank gefeiert. Er grinst vom Titelbild des Time-Magazin als "man of the year" und war gar für den Präsidentensessel der GATT-Nachfolgeorganisation Welthandelsorganisation (WTO) vorgesehen. Heute sitzt Carlos Salinas im selbstgewählten Exil in Irland, sein Bruder Raul fristet ein tristes Leben im Gefängnis in Mexiko. Die Salinas Brüder sind in Mexiko zu Buhmännern der Nation avanciert. Ihnen wird Korruption, Drogenhandel und Anstiftung zum Mord vorgeworfen und die schwerste Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren angekreidet.

Ganz erheblichen Anteil am Karriereknick der Salinas-Brüder hatten die Zapatistas aus Chiapas. Mit ihrem Aufstand haben sie die politische Debatte in Mexiko grundlegend verändert. Während bis Ende 1993 in den Leitartikeln der Zeitungen permanent die Rede davon war, daß mit dem NAFTA-Abkommen ein großer Sprung nach vorne gelingen könne, hat der Aufstand der EZLN der mexikanischen Öffentlichkeit dagegen zu Bewußtsein gebracht, daß Armut und Marginalisierung letztlich das Resultat der neoliberalen Politik seit Anfang der 80er Jahre sind, und das NAFTA-Abkommen nur eine Fortsetzung dieser für die Mehrheit der Menschen katastrophalen Politik darstellt. Ein öffentlicher Diskurs, der die Politik der Regierung legitimiert hatte, fiel in sich zusammen. Man stelle sich vor, in der Bundesrepublik würden auf einmal die heiligen Kühe europäische Wirtschafts- und Währungsunion und Standortlogik geschlachtet und ideologisch als das bloßgestellt was sie sind: Projekte des Kapitals zur radikalen Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben.

Seit dem 1. Januar 1994 wird in Mexiko in einer breiten Öffentlichkeit reflektiert, was zuvor nur millionenfache individuelle Erfahrung gewesen war: Die unter dem Diktat von IWF und Weltbank seit der Schuldenkrise von 1982 durchgesetzte neoliberale Politik hat zu einer enormen Konzentration des Reichtums und zu einer Generalisierung der Armut geführt. Privatisierung der Staatsbetriebe, Weltmarktöffnung, Abbau der staatlichen Subventionen und Inflationsbekämpfungspolitik durch Lohnstopps haben das Reallohniveau der Lohnabhängigen um über 50 Prozent absinken lassen. Millionen von Kleinbauern und große Bereiche der mittelständischen Betriebe sind ruiniert. Gleichzeitig sind aus nur drei mexikanischen Dollar-Milliardären 1989 in wenigen Jahren über zwanzig geworden.

Das "Ya-Basta!" der Zapatistas machte in Mexiko vielen Menschen deutlich, daß sie nicht alleine sind mit ihren existenziellen Problemen und die heitere Welt in der Glotze und permanent wiederholte Regierungsversprechungen schlicht und einfach Propaganda sind. Die Delegitimation eines vorherrschenden ideologischen Modells ist die Voraussetzung für die massenhafte Verbreitung oppositioneller Politik. Und genau dies ist die zweite wichtige Veränderung, die in Mexiko durch die Zapatistas eingetreten ist. Der Aufstand in Chiapas gab einen wichtigen Impuls für soziale Bewegungen und linke Oppositionsorganisationen. Die Selbstorganisation von unten verstärkte sich, Menschen faßten Mut, Veränderungen zu erkämpfen. Oft unsichtbare Netze des Widerstandes knüpften sich. Trotz der Repressionspolitik der Regierung ist dieser Impuls bis heute spürbar.

Zwar liegt Mexiko auf der anderen Seite des Globus und ist kaum mit der Bundesrepublik vergleichbar, doch gibt es zwei bemerkenswerte Parallelen. Auch hier folgt die herrschende Politik einem in der breiten Öffentlichkeit nicht hinterfragtem Dogma, das wie in Mexiko als "neoliberal" zu bezeichnen ist: Soziale Standards nach unten, um internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, Privatisierung von öffentlichen Betrieben und Dienstleistungen, Freihandelspolitik Die Stichworte der Debatte lassen sich von jedem/r herunterrasseln, weil sie uns permanent vorgebetet werden. Und genauso hört es sich heute in fast allen Ländern der Welt an. Überall wird derselbe Diskurs bemüht, um das gleiche zu erreichen: Die Reichen werden reicher und die Armen ärmer. Und fast überall auf der Welt erstarren die betroffenen Menschen vor dem Dogma der Regierenden in angstvoller Alternativenlosigkeit.

In diesem Punkt liegt die internationale Bedeutung des zapatistischen Aufstandes. Zum ersten Mal seit dem Fall der Mauer und dem Ende des "realexistierenden Sozialismus" greift eine nach 1989 aufgetretene tief verankerte politische Bewegung die herrschende Logik der Globalisierung und des Neoliberalismus frontal an. Wenn die Zapatistas auch kein zusammenhängendes universales Alternativprogramm zum Neoliberalismus liefern, so bieten sie doch Ansätze. Und insbesondere bieten sie Ansätze zu einer Neuorientierung und Neuorganisation linker Politik.

Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit

Drei grundlegende Forderungen formulieren die Zapatistas "Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit". Das heißt alles und nichts, mag man denken, doch so einfach ist es nicht. In den drei Begriffen verbirgt sich eine gesellschaftliche Utopie, für die alle emanzipatorischen Bewegungen eintreten. Gerade die Einfachheit und Reduziertheit der sozialen und politischen Forderungen auf drei Begriffe bringt eine seltene Klarheit mit sich. Ausgehend von der Forderung nach Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit entwickelt die EZLN weitere Forderungen, die an den elementaren Lebensbedürfnissen der Menschen anknüpfen: Einhaltung der Menschenrechte, Recht auf Bildung, ein Dach über dem Kopf, Gesundheitsfürsorge für alle, ausreichendes Essen

Die Sprengkraft dieser Forderungen liegt in Mexiko in ihrer Nichterfüllung für die Mehrheit der Bevölkerung. Funktioniert ein System, das diese elementaren Forderungen nicht erfüllt? Hat solch eine Ordnung eine Existenzberechtigung? Warum werden Menschen erschossen, die für so einfache lebensnotwendige Forderungen eintreten? Durch die klare und unmißverständliche Forderung der EZLN nach dem Lebensnotwendigen hat ihr Kampf eine nicht zu leugnende Legitimität erhalten, die selbst die mexikanische Regierung und ihre Hofintellektuellen anerkennen müssen.

Sind in der Bundesrepublik alle Lebensnotwendigkeiten erfüllt? Das Recht auf Arbeit? Das Recht auf Faulheit? Das Recht auf Bildung für alle in den Zeiten der Studiengebühren? Das Recht auf Gesundheitsfürsorge in den Zeiten der Kürzungspolitik? Das Recht auf Wohnung, wenn jeden Winter allein in Berlin Dutzende Obdachlose erfrieren? Und nicht zuletzt: Das Recht auf ein menschenwürdige Umgebung, in einer Zeit der Individualisierung, Entfremdung und Vereinsamung? Lebt eine alleinstehende pflegebedürftige Rentnerin im Massenabfertigungs-Altersheim menschenwürdig?

Ich denke, daß die Linke sich die sozialen Themen, die heute wieder eine ungeahnte Aktualität erhalten, neu erkämpfen muß. Einfache und nachvollziehbare Forderungen müssen entwickelt werden und in gesellschaftliche Konflikte hineingetragen werden, wie beispielsweise die Forderung nach einer Grundsicherung unabhängig von Alter, Familienstand oder sozialer Herkunft. Die Zapatistas haben in diesem Sinne durchaus Vorbildcharakter.

Andererseits sind auch die Forderungen nach "Demokratie und Freiheit" für die deutsche Linke von entscheidender Bedeutung. Die Begriffe "Demokratie" und "Freiheit" erscheinen uns reichlich diskreditiert, weil sie von Politikern und Ideologen der Rechten im Munde geführt werden, die damit Massenmord (wie im zweiten Golfkrieg im Irak) und Repression (wie gegenüber dem kurdischen Befreiungskampf) legitimieren. Die herrschende Klasse in der BRD bezeichnet diesen Staat als "demokratisch", obwohl er und seine herrschende Klasse weltweit zu den wichtigsten Akteure von Ausbeutung und Unterdrückung zählen. Doch gerade dieser Umstand sollte uns dazu führen, "Demokratie" und "Freiheit" zu thematisieren.

Dies insbesondere deshalb, weil die deutsche Linke nicht nur einige Schattenseiten, sondern ein schwarzes Loch in den Fragen der "Demokratie" und "Freiheit" aufweist. Die Hauptströmung der deutschen Linken war seit den 20er Jahren der moskautreue "Sozialismus". In seinem Namen wurden unter Lenin und später Stalin unzählige Kommunisten, Anarchisten und oppositionelle Linke umgebracht. Die DDR war eine autoritäre Strafanstalt und die westdeutsche KPD und spätere DKP reproduzierte den autoritären Staatssozialismus in ihren Strukturen. Die post-68er "Neue Linke" mitsamt ihren maoistischen, trotzkistischen und sonstigen ML-Derivaten hat von organisationsintern praktizierter Demokratie auch nicht viel gehalten. Sie war den post-68er-Parteikader, meist aus wohlhabenden Elternhäusern, einfach zu "kleinbürgerlich". Erst mit der autonomen Bewegung Ende der 70er und

Anfang 80er entstand eine Strömung innerhalb der Linken, für die "Demokratie" ein positiv besetzter Begriff war und die begann, basisdemokratisch zu arbeiten.

Wer sich heute unter der Bevölkerung kundig macht, was sie vom Verhältnis der Linken zu "Demokratie" hält, wird erfahren, daß in Deutschland "Links" nicht mit "Demokratie" verbunden wird. Das ist eine schwere Hypothek. Eine befreite Gesellschaft basiert auf vielfältigen Formen basisdemokratischer Entscheidungsfindung. Wir müssen nach außen vermitteln, daß Stalinismus und Kasernensozialismus nichts, aber auch gar nichts, mit unserer gesellschaftlichen Utopie zu tun haben. Wenn uns das nicht gelingt, oder es uns selbst nicht klar ist, hat "Linkssein" keine Perspektive.

Die EZLN in Chiapas kämpft gegen eine Staatspartei und gesellschaftliche Strukturen, die Menschenrechte, Demokratie und Freiheitsrechte mit den Füßen tritt. Ihr Ruf nach "Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit" vereint sich mit Wunsch von Millionen von MexikanerInnen. Doch glaubwürdig und faszinierend werden die Forderungen erst dadurch, daß es die EZLN geschafft hat, in ihrer Organisation demokratische Entscheidungsfindungsmechanismen zu finden. Und das unter den Bedingungen der Klandestinität und des schleichenden Krieges, die einen starken äußeren Druck auf die EZLN ausüben! Die Basis der EZLN, die Dorfgemeinschaften der Selva Lacandona, also die Zivilbevölkerung, diskutiert und entscheidet, was die Generalkommandantur und die bewaffneten Gruppen für eine Politik betreiben. Dieses Prinzip stellt das Focus-Konzept der Guerillas seit den 60er Jahren auf den Kopf. Nicht eine Avantgarde soll den Kampf der Massen führen, sondern die Basis soll über die Politik der Führung entscheiden! Die Zapatistas nennen dieses Prinzip: "mandar obedeciendo" - "gehorchend befehlen".

Der demokratische Aufbau der EZLN basiert auf den Strukturen der Dorfgemeinschaften in ihrem Einflußgebiet, der Selva Lacandona. In diesem unzugänglichen Dschungelgebiet haben sich seit den 30er Jahren dieses Jahrhunderts, zahlreiche Kolonistendörfer gebildet, deren Bewohner begonnen haben, Land urbar zu machen und eine subsistente Agrarwirtschaft aufzubauen. Die Kolonisten sind fast ausschließlich Indígenas unterschiedlicher Ethnien, die vor ihrer Entscheidung in der Selva zu leben in anderen Teilen Chiapas siedelten. Aus ihren alten Dorfgemeinschaften wurden sie von Großgrundbesitzern vertrieben oder sie haben sich gegen eine Leben als landlose und rechtlose Arbeiter auf Plantagen entschieden. Aus diesen Umständen entstand in den Kolonistendörfern der Selva Lacandona ein großer sozialer Zusammenhalt und der unbedingten Willen das urbargemachte Land zu verteidigen. Als Viehzüchter in die abgelegene Region nachdrängten, begannen sich die Dorfgemeinschaften zu bewaffnen, die EZLN entstand. Dabei schlossen sich ganze Dorfgemeinschaften nach internen Diskussionen der politisch-militärischen Organisation EZLN an.

Diese Gestehungsbedingungen der EZLN sind sicher sehr spezifisch. Sie begründen den basisdemokratischen Charakter der EZLN. Die Frage stellt sich, wie es der Linken in Deutschland gelingen könnte, funktionierende basisdemokratische Strukturen in der Gesellschaft zu verankern.

Selbstorganisation

Aus der basisdemokratischen Struktur der EZLN folgt ihr Aufruf zur Selbstorganisation der Zivilgesellschaft in Mexiko (und darüber hinaus). Der Begriff Zivilgesellschaft wird in der deutschen Diskussion über die Zapatistas oft falsch interpretiert. In Mexiko bedeutet für die EZLN "Zivilgesellschaft" nichts anderes als die Teile der Gesellschaft, die sich nicht mehr in das korporative System der Staatspartei integrieren lassen und somit in Opposition zum herrschenden Staatsapparat treten.

Exkurs: "System der Staatspartei"

Darunter ist ein System zu verstehen, in dem ein Apparat, nämlich der der PRI, die gesamte Gesellschaft unter Kontrolle hält. Gewerkschaften, Bauernverbände etc. sind parteigebunden und nicht unabhängig. Freie Wahlen hat es in Mexiko nie gegeben. Erst seit Ende der 80er Jahre lockert sich der Griff der PRI über die Gesellschaft langsam und unabhängige oppositionelle Bewegungen erkämpfen sich einen politischen Partizipationsraum. Dabei wird jedes Stück politisches Territorium von der PRI krampfhaft verteidigt.

In zahlreichen Initiativen rief die EZLN diese Zivilgesellschaft, also die mexikanischen (und darüber hinaus nichtmexikanischen) Oppositionskräfte, zur Selbstorganisation auf. Die wichtigsten Initiativen waren: Der Aufruf zur Bildung der "Convención Nacional Democrática" (CND) Anfang August 1994, der Aufruf zur "Consulta Nacional e Internacional" im August 1995, der Aufruf zur Bildung der "Frente Zapatista de Liberación Nacional" (FZLN) und des "Movimiento de Liberación Nacional" (MLN) im Januar 1996 und schließlich der Aufruf zur Realisierung des "Encuentro Intercontinental por la Humanidad y contra el Neoliberalismo" im August 1996.

Bei all diesen Initiativen formulierte die EZLN keinen Führungsanspruch gegenüber den angesprochenen sozialen und politischen Bewegungen. Die Zapatistas unternahmen vielmehr den Versuch, die Selbstorganisation der Menschen im Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse und deren Vernetzung zu fördern. Nicht Abgrenzung, sondern Einschluß, nicht Sektierertum, sondern offene Diskussion, nicht Macht- und Führungsansprüche, sondern gleichberechtigte Teilnahme sollten ihre politischen Initiativen vermitteln.

Damit hat die EZLN den einzigen Weg beschritten, der für die Linke heute Perspektiven verspricht. In Mexiko, in Deutschland und anderswo. Oder gibt es etwa jemanden, der/die von sich behaupten könnte, heute - nur sieben Jahre nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus in einer Situation der weltweiten gesellschaftlichen Umbrüche - eine zusammenhängendes politisches Projekt der Befreiung zu bieten. In Deutschland ist davon jedenfalls wenig zu sehen, und international sieht es nicht viel besser aus. Es geht also darum, Menschen im Widerstand an einen Tisch zu bekommen und Perspektiven gemeinsam zu diskutieren. Der Bezugsrahmen für diese Diskussion ist weit und plural, aber andererseits durch den Minimalkonsens "Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit" abgegrenzt.

Vielfältigkeit des Widerstandes

Der Aufruf zur Selbstorganisation und das Ablehnen einer Führungsrolle schließt für die Zapatistas Vielfältigkeit und Pluralität des Widerstandes folgerichtig mit ein. Immer wieder haben die bewaffneten Rebellen aus dem Lakandonischen Urwald betont, daß "alle Kampfformen gleichwertig sind". (Dritte Deklaration aus dem Lakandonischen Urwald) Genauso wenig wie es mehr oder weniger wichtige soziale, kulturelle und politische Kämpfe gibt, sind die Kampfformen mehr oder weniger wichtig. Ob es um das Patriarchat, die sozialen Widersprüche oder ökologische Probleme geht, alle Themen haben den Anspruch auf Gleichwertigkeit. Und das gilt auch für die Form wie Konflikte ausgetragen werden. Die Guerilla kann nicht den Anspruch formulieren, wichtiger zu sein, als beispielsweise der zivile Widerstand in den Stadtvierteln. Entscheidend ist die Frage, welche Form des Widerstandes in der jeweiligen Situation die besten Erfolge verspricht. Und entscheidend ist die Vernetzung der Widerstände.

Dialog als Kommunikationsform

Eine Vernetzung gleichrangiger Widerstände sowie die Diskussion und praktische Entwicklung eines neuen umfassenden Projektes der Befreiung kann nur in einem gleichberechtigten Dialog zwischen allen, die daran teilnehmen wollen, entstehen. Die EZLN demonstriert seit drei Jahren, wie ein solcher Dialog aussehen könnte. Formal steht die EZLN in Verhandlungen mit der Regierung. Doch diese sind völlig unfruchtbar und werden von der Regierung lediglich zum Hinhalten der EZLN benutzt. Die Zapatistas nutzen während dessen die Waffenruhe, um in den Dialog mit allen Gruppen der mexikanischen Opposition zu treten. Konsense sollen gefunden und Meinungsverschiedenheiten diskutiert werden. Ein Beispiel: Vor der Verhandlungsrunde mit der Regierung über ein Abkommen zum Thema "Indigene Rechte und Kultur" berief die EZLN alle repräsentativen Indígena-Organisationen zur Beratschlagung über die Forderungen am Verhandlungstisch ein. Während der Gespräche mit der Regierung konsultierte die zapatistische Delegation permanent die Meinung der anderen Indígena-Organisationen. So entstand aus dem Verhandlungsprozeß mit der Regierung, der sich als unfruchtbar erwies, zumindest eine vereinheitlichte, gestärkte und besser vernetzte Indígena-Bewegung in Mexiko. Somit haben sich die Kräfteverhältnisse letztlich in die richtige Richtung bewegt. Die EZLN gewinnt so politisches Terrain, das sie militärisch nicht erobern kann.

Bei den "Interkontinentalen Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus"

geht es letztlich darum, eine Form des Dialoges zwischen oppositionellen Gruppen weltweit zu finden.

Gegenmacht und gegen Macht

Für Kopfschütteln hat in der auf die Machtfrage fixierten deutschen Linken insbesondere eine Aussage der EZLN geführt: "Wir kämpfen nicht um die Macht, sondern gegen die Macht" (Vierte Deklaration aus dem Lakandonischen Urwald). Wie kann die Linke Veränderungen erreichen, ohne die Macht anzustreben?

Die Zapatistas demonstrieren es mit ihrer Politik am besten. Sie kämpfen weder bewaffnet noch unbewaffnet um die Staatsmacht und haben in Mexiko dennoch wichtige gesellschaftliche Prozesse in Gang gesetzt. Statt die Staatsmacht übernehmen zu wollen, setzen die Zapatistas sich für eine radikale Dezentralisierung der Macht ein. Sie fordern mehr Rechte für die indigenen Völker, einen neuen Föderalismus und die Übertragung von zentralstaatlichen Kompetenzen nach unten auf die lokalen Ebenen. Dadurch versuchen sie, Macht kontrollierbarer zu machen, denn Machtstrukturen an sich lassen sich selbstverständlich nicht abschaffen, sie müssen in langwierigen Prozessen aufgelöst werden. Und dafür ist ein Konzept zur Dezentralisierung der Macht am besten geeignet.

Das Konzept der EZLN zur Zertrümmerung der zentralstaatlichen Macht basiert also auf dem Aufbau von selbstorganisierten, dezentralen, aber verknüpften Netzen einer demokratisch strukturierten Gegenmacht. Diese Struktur nimmt eine befreite Gesellschaft bereits im Kampf gegen die Alte voraus. Nach den Erfahrungen mit der machtfixierten Variante der von oben gelenkten "Revolution", scheint dieses Konzept realistischer denn je.

Zum Schluß

Ich habe in diesem Text einige Punkte angerissen, die ich im Rahmen der Diskussion über Zapatismus für interessant halte und die Relevanz auch für die Diskussion innerhalb der Linken in Deutschland besitzen. Jeder Versuch, den Zapatismus auf unsere Realität zu übertragen, ist letztlich zum Scheitern verurteilt. Die Bedingungen in Mexiko und Deutschland sind vollkommen unterschiedlich. Aber die Politik der EZLN in Mexiko vermittelt Denkanstöße auch für uns, und darum geht es mir. Im Spanischen Staat wird im Sommer das "Zweite Interkontinentale Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus" stattfinden, eine gute Gelegenheit die Diskussionen weiterzuführen.

März 1997

Boris Kanzleiter arbeitet in der Mexikogruppe der FDCL- Berlin mit und hat das Europäische Vorbereitungstreffen für den Interkontinentalen Kongreß in Chiaoas, der 1996 in Berlin stattfand, mit organisiert.

[Seitenanfang](#)



Texte, Beiträge und Diskussionen zum Thema: Chiapas und die Linke

Postmoderne Aufstände

Das 20. Jahrhundert endete am 31. Dezember 1993 in Chiapas, wie die mexikanischen Historiker *Antonio und Liza García de León* bemerkt haben. An diesem Tag beschloß die Bevölkerung der Region Chiapas, ein mexikanischer Bundesstaat etwa von der Größe Bayerns, "dem Imperium keinen Tribut mehr zu zahlen", wie es in einem der späteren Kommuniqués heißt, und begann den Aufstand. Ihre bewaffnete Organisation, die zapatistische Befreiungsarmee EZLN, besetzte die wichtigsten Ortschaften und erlangte

die militärische Kontrolle über das Gebiet, die sie bis heute nicht wieder verloren hat. Dies ist vor allem dem Umstand zu verdanken, daß es bereits in den ersten Tagen des Aufstands zu Massendemonstrationen in Mexico City kam, die gegen den Einsatz der mexikanischen Armee protestierten, und daß sich die mexikanischen Intellektuellen mit der Aufstandsbewegung solidarisierten - mit wenigen Ausnahmen wie etwa dem Schriftsteller Octavio Paz, der um die Zukunft der Moderne bangte. Zwei Wochen nach Aufstandsbeginn bot die mexikanische Regierung den ersten Waffenstillstand an. Seither befindet man sich, immer wieder von Kampfhandlungen begleitet, in Verhandlungen.

Der Aufstand in Chiapas ist in vielerlei Hinsicht bemerkenswert. Die Politik der EZLN, der soziale Aufbruch der zapatistischen Bevölkerung, die nationale Solidarität und die internationale Reaktion verbinden sich zu einem Phänomen Chiapas, das nicht zu Unrecht als "postmoderne Revolution" bezeichnet worden ist. Die EZLN hat den Aufstand mit politischen Offensiven für eine demokratische Umgestaltung Mexicos verklammert und ihre eigene Rolle als Katalysator dieser Umgestaltung definiert, nicht als ihr alleiniges Sprachrohr und schon gar nicht als Hüter der einzigen Wahrheit. Im Verlauf der Auseinandersetzung hat sie sich ein Marketing geschaffen, das wenig auf kämpferische Parolen und viel auf Höflichkeit, Selbstbewußtsein und Ironie setzt. Sie ist weder an einer militärischen Entscheidung interessiert, noch hat sie bisher ein konkretes eigenes Forderungsprogramm vorgelegt. Sie verfolgt nicht das klassische Ziel, den Staatsapparat zu übernehmen und eine gesellschaftliche Neuordnung "von oben" nach ihren Vorstellungen durchzusetzen. Stattdessen appelliert sie an die mexikanische Bevölkerung, sich ihre eigenen Gedanken zu machen und ihre eigenen Vorstellungen in eine politische Umgestaltung einzubringen.

Der Aufstand in Chiapas ist die erste Revolution jenseits des 20. Jahrhunderts, weil sie nicht mehr das Ziel verfolgt, das Projekt der Modernisierung und Entwicklung zu vollenden, sondern es zu beenden. Nicht von ungefähr hat die Aufstandsbewegung die Einführung der nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) als Datum für den Aufstand gewählt. Die EZLN ist keine antimodernistische Gegenbewegung, die zurück zu traditionellen Verhältnissen will. Sie steht nur *jenseits* der Moderne und ihren hohl gewordenen Versprechungen. Sie verspricht sich nichts mehr von der Entfesselung der Produktivkräfte, sondern eher von deren vernünftiger Begrenzung; sie will ein Ende des "Krieges", als den der mexikanische Autor Gustavo Esteva die staatliche Entwicklungspolitik bezeichnet hat. Der Aufstand in Chiapas ist eng mit den Strukturen der indigenen Selbstorganisation verbunden und benutzt deren Sprache und Bilderwelt. Aber die Organisation der EZLN ist eine progressive Alternative zur patriarchalen Sozialordnung der indigenen Gemeinden, was ihr vor allem den Zulauf der Jungen und insbesondere der Frauen gebracht hat. Die EZLN verteidigt die Autonomie der dörflichen Gemeinden und ihre wirtschaftlichen Subsistenzstrukturen gegen die "Modernisierung" und "Entwicklung". Aber sie findet auch, daß es in Chiapas mehr Fernseher geben sollte.

Bei näherem Hinsehen zeigt sich, daß der postmoderne Aufstand auch in anderen Regionen stattfindet. Die Entwicklung in *Nigeria* zum Beispiel weist mit der in Mexiko verblüffende Ähnlichkeiten auf. Das nigerianische Chiapas ist das Niger-Delta. Es ist die am wenigsten "erschlossene" und industrialisierte Region, die zugleich am meisten ausgeblutet, ökologisch und sozial ruiniert wird. Aber für die soziale, politische und ökologische Umgestaltung des Landes ist das Niger-Delta die Avantgarde. Wie in Chiapas gibt es dort Öl, das hier in großem Stil u.a. von Shell gefördert wird, mit verheerenden Konsequenzen für die ansässige Bevölkerung. Die Bevölkerung des Niger-Deltas besteht aus ethnischen Minderheiten, die sich vor einigen Jahren in der Ogoni-Bewegung zusammengeschlossen haben. Die Ogoni-Bewegung wendet sich mit Massenkundgebungen und zivilem Widerstand gegen Vertreibung, Morde und Plünderung und gegen die ökologische Zerstörung ihres Landes und ihrer Felder.

Die Ogoni-Bewegung besaß mit dem im November 1995 von der nigerianischen Regierung ermordeten Schriftsteller Ken Saro-Wiwa eine charismatische Führungspersönlichkeit, der einen eigenen Medienkonzern dirigierte, eine landesweite Fernsehsendung produzierte und seine Schriften bewußt nicht im lokalen Dialekt, sondern in "rotten English" veröffentlichte - der einzigen Sprache, in der alle NigerianerInnen sich miteinander verständigen können. Der MOSOP, der politische Dachverband der Ogoni, verfolgt eine gleichermaßen radikale wie pragmatisch-undogmatische Politik. Er fordert regionale Autonomie *und* Mitsprache bei der demokratischen Umgestaltung des gesamten Nationalstaates, Schutz für die lokale Subsistenzwirtschaft *und* Beteiligung an den Erdöl-Einnahmen. Er beruft sich auf ethnisch-kulturelle Traditionen und bedient sich gleichzeitig völlig selbstverständlich der modernsten Formen einer medienorientierten Politik. Er bildet keine ideologische Einheit und findet seinen gemeinsamen Nenner in der Forderung nach regionaler Selbstbestimmung und nach Deeskalation der politisch-militärischen Situation im Land.

Abwicklung und postmoderne Revolte

Es gibt einen *Typus der postmodernen Revolte*, der alle Aussichten hat, zum prägenden Modell für künftige Auseinandersetzungen um eine emanzipatorische Lösung der globalen sozial-ökologischen Krise zu werden. Sein Organisationsprinzip läßt sich am besten mit der von Esteva verwendeten Terminologie beschreiben. Der postmoderne Aufstand beruht primär auf autonomen sozialen Basisorganisationen, die nicht in einer straffen Organisation zentralistisch verbunden sind, sondern ein lockeres Netzwerk bilden. Diese Vernetzung ist so wenig institutionalisiert wie möglich, weshalb *Esteva* von diesem Netz als der *"Hängematte"* spricht: man kann sie benutzen, wenn man sie braucht, aber wenn man sie nicht braucht, hat sie so gut wie kein Gewicht. Man kann sie überallhin mitnehmen und überall aufhängen. Diese gemeinsame soziale Praxis der Basisorganisationen, der solidarische Raum, den sie schaffen, braucht allerdings einen *"Schutzschirm"* nach außen. Was dieser Schutzschirm ist, ist je nach der politischen und gesellschaftlichen Situation ganz verschieden. Er kann darin bestehen, sich pragmatisch der herrschenden Institutionen und Organisationen zu bedienen, um die Freiräume der Bewegungen und Basisorganisationen zu schützen und Interventionen gegen sie zu behindern. In Chiapas ist der Schutzschirm die bewaffnete regionale Selbstverteidigung durch die EZLN, aber auch die Solidarität großer Teile der mexikanischen Zivilgesellschaft. Der Schutzschirm ist jedoch ein nachgeordnetes Element, ein Notnagel; er kann Räume freihalten, aber er kann sie nicht selbst gestalten. Die postmoderne Revolte ist sich darüber im klaren, daß sie die rein militärische Konfrontation gegen den staatlichen Gewaltapparat immer verlieren würde. Deshalb ist ihre Militanz defensiv und regional, aber ihre Politik offensiv und national, sogar international. Indem sie ihre Sache mit der Forderung nach einer innergesellschaftlichen "Abrüstung" und Deeskalation verbindet, gelingt es ihr, die an sich ungünstigen Kräfteverhältnisse zu überspringen.

Die postmodernen Aufstände sind Aufstände im Zeichen der Abwicklung. Sie haben keine einheitliche ideologische Grundlage. Was sie zusammenhält, ist der Gedanke eines *"Breaks"*, einer Unterbrechung der zerstörerischen gesellschaftlichen Entwicklungslogik. Sie verweigern sich der herrschenden Logik, die sozial-ökologischen Krisenerscheinungen durch eine immer schnellere Entwicklung, durch immer wahnsinnigere Wechsel auf eine unsichere Zukunft lösen zu wollen. Ihr Nährboden ist eine weitverbreitete Stimmung, daß die gesellschaftliche Situation in einen Zustand der Überspannung, der Exaltiertheit, der wahnhaften Risikobereitschaft geraten ist. Ihr Slogan ist das *"Ya Basta"* der EZLN. *"Es reicht"*. Nicht noch mehr vom Selben. Nicht noch mehr schreckliche Illusionen zu einem immer unbezahlbaren Preis. Genug, Schluß, Aufhören. Keine Superman-Politik mehr. Bilanzziehen und Neuordnen. Die Maschine herunterfahren, die Verkrampfungen lösen, die Brutalität abrüsten. Die postmoderne Revolte ist das genaue Gegenteil der herrschenden Öko-Panik, die schnell noch weitere Mega-Strukturen und Technikprojekte aufbauen will, um die angeblich so drängenden, ganz großen Probleme zu lösen. Das Programm der postmodernen Aufstände ist die Abwicklung: nicht intervenieren, nicht auf die globalen Geschäfte setzen, mit der sozialen Neuordnung von unten beginnen. Ihre ökologische Philosophie ist nicht die intelligente Optimierung, sondern das *"calming down"*, das Herunterfahren. Ihre emanzipatorische Philosophie zielt nicht darauf, die *"gute Gesellschaft"* ein für alle mal einzuführen. Die Philosophie der postmodernen Revolte im Zeichen der Abwicklung ist: Die bestehende Gesellschaft von innen übernehmen, indem man sie nach außen begrenzt. Der Selbstorganisation Raum verschaffen, indem die Verwicklung in den globalen Entwicklungskrieg zurückgenommen wird.

Die postmodernen Aufstände unterscheidet sich auch diametral von der modischen Politik des *"Alternativen"*, des *"jeder kehre vor seiner eigenen Tür"*. Sie beharren darauf, daß die Probleme nur gemeinsam gelöst werden können. Sie gestalten nicht Nischen, sondern wollen ein Gesamtprogramm stoppen. Sie predigen nicht die individuelle alternative Verrenkung, sondern schaffen eine Situation, die die Verrenkung überflüssig macht. Sie formulieren keine individuelle Lebenshilfe, sondern einen alternativen Entwicklungsweg *für eine ganze Region* einschließlich der dafür notwendigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Regionen in diesem Sinne sind nicht isolierte Landstriche oder kleine alternative Flecken. Die kritische Größe liegt in der Größenordnung von Bundesländern bzw. Bundesstaaten.

Radikale regionale Autonomie

Es versteht sich von selbst, daß postmoderne Aufstandsbewegungen innerhalb der nördlichen Industriestaaten sich weitgehend von denen in Ländern der *"Dritten Welt"* unterscheiden werden. Aber es steht außer Frage, daß es sie *geben* wird. Sie werden vielleicht in hohem Maße im Rahmen zivilgesellschaftlicher Auseinandersetzungen stattfinden können und sich bestehender Institutionen als

Schutzschirm bedienen. Aber sie werden ihr "Break", ihr "es reicht", mit einer massiven gesellschaftlichen Mobilisierung formulieren. Sie werden die Spielregeln verändern. Sie werden Lösungen der Abwicklung für Regionen suchen und sie werden der Solidarisierung außerhalb dieser Region bedürfen, um bestehen zu bleiben. Sie werden nicht heute und nicht morgen beginnen, aber in ein paar Jahren.

Die postmoderne Revolte im Norden wird dort stattfinden, wo die sozial-ökologische Krise die bisherige Rechnung der Modernisierung und Entwicklung am ehesten zunichte macht. Man kann sich an fünf Fingern ausrechnen, daß dies in Deutschland zuerst auf dem Gebiet der ostdeutschen Bundesländer der Fall sein wird. Die Rechnung, einen sozialen und ökologischen Aufbau im Rahmen der bisherigen kapitalistischen Orientierung bewerkstelligen zu wollen, ist jetzt schon aberwitzig.

Nehmen wir die ehemalige Industrieregion um Dessau und Bitterfeld. Seit der Stilllegung der dort ansässigen Großbetriebe bewegt sich die Arbeitslosigkeit in schwindelerregender Höhe, und es gibt keinerlei Aussichten, daß sich daran etwas ändern wird. Einerseits findet also ein erheblicher Finanztransfer in diese Region statt, in Form von Mitteln aus der Bundesanstalt für Arbeit und aus dem Länderfinanzausgleich. Dieses Geld verschwindet auf der anderen Seite wieder aus der Region, da die Kaufkraft weitestgehend für Produkte ausgegeben werden muß, die nicht in der Region hergestellt werden. Im Lauf der Zeit führt das dazu, daß den Menschen ihre Region buchstäblich nicht mehr gehört, weil die interessanteren Ressourcen und Flächen ausverkauft werden und der Rest tendenziell wertlos ist. Wer sich aufraffen kann und will, verschwindet; wer bleibt, findet sich mit der depressiven Situation ab. Die Region liefert also weiterhin per Migration Menschen in andere, reichere Gegenden: mobile, junge Frauen und Männer für den Arbeitsmarkt im Westen oder für den westlichen Heiratsmarkt. Die Region selbst wird zum Standort für Naturschutzgebiete oder für Truppenübungsplätze. Sie verkauft ihre Natur, Arbeit und Fläche, ohne sich aus ihrer trostlosen Lage befreien zu können.

Prinzipiell wäre es also äußerst naheliegend, das Geld, das in die Region fließt, zum Aufbau einer regional bezogenen Produktion zu verwenden. Dies ist aber unter den herrschenden Bedingungen unmöglich. Eine gezielte industrielle Subventionspolitik ist nach den Regeln der nationalen und europäischen Marktliberalisierung schlicht illegal. Eine staatliche Förderung und Bevorzugung von landwirtschaftlichen Produkten aus der eigenen Region, die Voraussetzung für den Aufbau einer regionalen Versorgungswirtschaft wäre, scheidet aus den gleichen Gründen aus. Die finanziellen Zuwendungen aus nationalen Förderprogrammen fließen in die Taschen von Unternehmen und Institutionen, die ihren Hauptsitz im Westen haben und die Region nur als Verschiebebahnhof benutzen. Dabei wäre die Bereitschaft in der Region, einen regional bezogenen ökonomischen und kulturellen Aufbau zu unternehmen, groß. Es gibt eine Reihe von Projekten, die Vorstellungen in diese Richtung entwickelt haben. Aber so, wie die Dinge liegen, kann man nichts machen. Dafür wäre ein Programm der radikalen regionalen Autonomie notwendig, das den globalen Sektor weitgehend hinauswirft und sich das Recht nimmt, Preise, Eigentumsrechte und äußere Austauschbeziehungen der Region in einem hohen Maße zu kontrollieren und zu gestalten.

Die Situation trifft auf verschiedene Regionen zu, in anderen europäischen Ländern genauso. Es kann gar nicht anders sein, als daß in einigen dieser Regionen eines Tages eine alternative, regional bezogene Rechnung aufgemacht wird und versucht wird, sie durchzusetzen. Und dies wird etwas ganz anderes sein als die Förderung von alternativen Landkommunen, wie sie die Regierung Biedenkopf (auf Initiative von Rudolf Bahro übrigens) derzeit betreibt: eine typische "alternative" Politik der Abfederung, die eine Art Reservate schafft, aber an der Entwicklungslogik nichts ändert, die die Regionen verarmen läßt. Konflikte mit der herrschenden Marktliberalisierung und abhängigen Zurichtung von Regionen werden unvermeidlich sein. Es werden Konzepte einer radikalen regionalen Autonomie artikuliert werden, die sich nicht damit zufriedengeben, eine Region sozialpolitischer Kostgänger zu sein, ob "alternativ" (geförderte Landkommune) oder "klassisch" (arbeitslos zuhause). Diese Konzepte werden nur funktionieren, wenn sie sich mit einer gesellschaftlichen Debatte um die Abwicklung der wahnwitzigen nationalen Standortpolitik verbinden und die daraus abgeleitete regionale Zurichtung, also die moderne Produktivitäts-Apartheid zwischen den Regionen, radikal in Frage stellen.

Kulturen des Widerstands

Der postmoderne Aufstand der Regionen, der für eine Lösung der sozial-ökologischen Krise durch die Abwicklung der wirtschaftlichen Hochrüstung eintritt, wird häufig als ethnozentrisch oder provinziell mißverstanden. Der Bezug der EZLN auf die indigene Tradition hat zu Diskussionen geführt, daß eine Übertragung ihrer politischen Anliegen auf die nördlichen Industrieländer daran scheitern müsse, daß ein derartiges Konzept hier notwendigerweise rassistisch oder chauvinistisch ausfallen würde ("Wir in

Bayern" usw.).

Dies ist ein Irrtum. Das Mißverständnis liegt darin, daß der Bezug auf die regionale Tradition in Wahrheit kein ethnischer, sondern ein kultureller und geschichtlicher Bezug ist. Die Bevölkerung von Chiapas bildet keineswegs eine ethnische Einheit. Am Beispiel Nigerias ist ebenfalls offensichtlich, daß die regionale Identität "Ogoni" ein politisches Konstrukt ist, das eine ganze Reihe von Gruppen verbindet, die sich bis dahin als selbständige Ethnizität definiert hatten. Das "Zapotekische" oder das "Ogonische" beziehen sich nicht auf eine wie auch immer geartete ethnische Identität. Das, woran die EZLN oder die Ogoni-Bewegung anknüpfen, sind spezifische *Kulturen des Widerstands*. Es sind die geschichtlichen Erfahrungen, gegenseitigen Verpflichtungen und erlernten Fähigkeiten zum Widerspruch, was damit gemeint ist.

Die postmoderne Revolte im Norden wird ebenfalls an ihre jeweiligen Kulturen des Widerstands anknüpfen müssen. Sie wird ihre historischen Erfahrungen auswerten und aneignen müssen: die gescheiterten Versuche, die gehegten Hoffnungen, das Repertoire alternativer Vorstellungen von Werten, Selbstbewußtsein und Würde. In unserem Fall sind das nicht so sehr irgendwelche mittelalterlichen Zunftaufstände oder die kulturelle Wiederaneignung des pfälzischen Saumagens. Es ist die Aneignung der Geschichte der sozialen Gegenbewegung von 1968 bis jetzt, in ihrer ganzen Breite: als politische *und* kulturelle Geschichte, als Männer- *und* Frauengeschichte, als Bezugspunkt für hiesige Erfahrungen *und* für Erfahrungen von Leuten, die aus anderen Ländern zugewandert sind. Es war die erste große Infragestellung. Die ideologischen Grundlagen, politischen Zielvorstellungen und Organisationsphilosophien dieser Zeit sind heute weitgehend unbrauchbar geworden. Aber es ist *unsere* spezifische Kultur des Widerstands.

Diese Kultur kann nicht zelebriert werden. Als gemeinsamer Bezugspunkt ist sie die Voraussetzung, daß sich verschiedene Stränge und Teile der sozialen Gegenbewegung überhaupt gegenseitig erkennen und verstehen können. Sie ist das "rotten English" dieser Bewegung. Auf ihre Attraktivität kann man sich allerdings ebensowenig verlassen, wie auf die Attraktivität der zapotekischen Dorfgemeinschaft. Es bedarf des Aufbaus von neuen Organisationsformen, die sich in der Tradition dieser Kultur des Widerstands sehen, aber gleichzeitig eine progressive, antipatriarchale Alternative dazu darstellen. Mit den Dorfältesten der '68er-Bewegung kann man sich jedenfalls keine gesellschaftliche Mobilisierung vorstellen. Möglicherweise sind wir bereits in diesem Prozeß der Neufindung attraktiver, antipatriarchaler Organisationsformen - mit Sicherheit allerdings erst am Anfang dieses Prozesses. Die EZLN hat zehn Jahre in Chiapas gebraucht, um das dialektische Spannungsverhältnis zwischen traditioneller Kultur des Widerstands und progressiver Organisations-Alternative auszubalancieren. Ich glaube nicht, daß wir schneller sind.

[Seitenanfang](#)



Texte, Beiträge und Diskussionen zum Thema: Chiapas und die Linke

Mas de lo mismo? - Alles weiter wie bisher?

Mexico im Jahr IV des zapatistischen Aufstandes

"Unter dem Franco-Regime wiederholten die SpanierInnen an jedem Neujahrstag: `Dieses Jahr wird das Regime bestimmt stürzen! und klopfen dabei so heftig auf Holz, daß sie im Laufe der Jahre - so das Gericht - ihren Finger verloren", begann einer der zahlreichen mexikanischen Kommentaristen seine Prognosen für das Jahr 1997.

Spätestens seit dem großen Wahlbetrug bei den Präsidentschaftswahlen 1988 und verstärkt durch den Aufstand der Zapatistas am 1. Januar 1994 steht die Frage des Sturzes des PRI-Regimes - der (Staats)Partei der institutionalisierten Revolution - der Übergang zu Demokratie und `anderen!

gesellschaftlichen Verhältnissen im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Debatte, verbunden mit der Frage, ob - und vor allem welche - Erfahrungen im spanischen Staat, in Brasilien, Chile, Südafrika und anderswo, in denen autoritäre, diktatorische Regimes stürzten, auf Mexico übertragen werden können, um das Ende des PRI-Regimes zu beschleunigen.

Doch Totgesagte leben länger - auch die PRI, deren Initialen hoffnungsvoll schon mehrfach von der Opposition in RIP = Rest in Peace umgewandelt worden waren. Und die mit allen Mitteln geführten Machtkämpfe innerhalb der PRI, einschließlich des politischen Mordes, der Austritt mehrerer führender PRI-Funktionäre zeigen, daß die PRI ums langfristige Überleben kämpft.

Doch das Auftauchen weiterer bewaffneter revolutionärer Gruppen seit Sommer 1996 und die seitdem sich verschärfende Militarisierung und Repression machen deutlich, daß die Zeit drängt:

* für die Zapatistas, die ihren 3. Jahrestag des bewaffneten "Ya Basta" in erneuter Ungewißheit begehen, mit dem Faktor Zeit als Gegner und der dringenden Notwendigkeit, etwas von dem zu erreichen, was sie seit Januar 1994 gefordert haben, jetzt konkret: die Umsetzung des ersten Teilabkommens über Indígena-Rechte und Kultur;

* für die Mehrheit der mexikanischen Bevölkerung, deren Überlebensbedingungen sich auch im letzten Jahr, trotz "makro-ökonomischer" Verbesserungen, verschlechterten und deren Reallohneinkommen - sofern sie nicht zu den Millionen von `Modernisierungsoffern der letzten Jahre gehörten - seit 1986 um 70 Prozent gesunken ist, davon allein 20 Prozent 1996;

* für die parteipolitische Opposition im weitesten Sinn, die zwar bei den Landtagswahlen des vergangenen Jahres Stimmenzuwachs verzeichnen konnte, der es aber nicht gelang, das fast 50prozentige Nichtwähler-Spektrum zu überzeugen;

* für die "organisierte Zivilgesellschaft", die mit vielfältigen Mobilisierungen, Kampagnen und Aktionen zur Politisierung weiterer Teile der Bevölkerung beigetragen hat, deren Forderungen jedoch aufgrund der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse noch immer weitgehend von der Regierung ignoriert werden können.

Alle, von der katholischen Kirche bis zur mexikanischen Regierung, von den Zapatistas bis zu den politischen Analysten, haben seit Jahresende ihre Einschätzungen des vergangenen Jahres und ihre Prognosen für das gerade erst begonnene Jahr 1997 der nationalen und der international "vernetzten" Öffentlichkeit bekannt gegeben, mit unterschiedlichen Nuancen, Hoffnungen, Einschätzungen und Erwartungen, von denen wir einige in Auszügen dokumentieren.

Mit "Im 13. Jahr des Kampfes und im vierten Jahr des Krieges gegen das Vergessen und die Lüge", unterzeichnete Subcomandante Marcos im Auftrag des Geheimen Revolutionären Indígena Komitees die Erklärung zum Jahrestag des Aufstandes. Heute sind es "1095 Tages des Krieges gegen das Vergessen, mit dem sie uns töten wollen, drei Jahre des Widerstandes... Hier sind wir, hier machen wir weiter, wir werden nicht schweigen, wir werden uns nicht ergeben... Es wird keinen Frieden geben, solange die Mißachtung des Anderen die einzige mögliche Beziehung ist, solange die Lüge das einzige Wort ist, das gehört wird und Intoleanz und Zynismus die einzigen Fahnen bleiben...Die Mächtigen haben keine anderen Worte als die Lüge. Ob dieses 4. Jahr ein Friedens- oder Kriegsjahr wird, hängt davon ab, ob die oberste Machtinstanz die Geschichte akzeptiert und anerkennt, daß die Anderen Raum für sich haben müssen (in Anspielung auf die noch offene Frage der Verankerung der Autonomie-Rechte der Indígena-Völker in der Verfassung-jk)".

"Die Gewalt im Land kann sich verallgemeinern", prognostiziert die katholische Kirche. "Weder der Staat noch der Markt entsprechen den Erwartungen der Mexikaner. Obwohl Mexico ein Land mit großen Reichtümern ist, ist es arm in bezug auf Arbeitsplätze und wirtschaftlicher Entwicklung. Die Menschen leben marginalisiert und politisch unterdrückt".

In Chiapas ist, so die alarmierende Zusammenfassung der vergangenen drei Jahre durch Salvador Corro

in der politischen Wochenzeitschrift 'Proceso' "alles beim Alten: Hunger, Krankheiten, Unterdrückung, Ausbeutung, Lügen, Illegalität... Ungeachtet des Optimismus der Zapatistas hat die Realität der Entwicklung ihren Stempel aufgedrückt". Corro zitiert Marcos, der im Sommer 1996 erklärte, "30 Monate später und es hat sich nichts geändert. Wie lange noch werden wir den Herrschenden Magenschmerzen bereiten? Wann werden wir müde sein vom Kämpfen?"

"In einer selbstmörderischen und dummen Strategie", kommentierte F. Lipez Narvaez "wird die makro-ökonomische Strategie weiterverfolgt, die sich an den Interessen der großen Unternehmen, der Banken, der großen Handelsketten und der großen Produzenten orientiert zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung....In 23 Bundesstaaten und der Hauptstadt wurde die Bevölkerung durch Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel betroffen. In mehreren Regionen des Landes gibt es Hungersnöte... Die Wahlen in diesem Jahr werden der Opposition mehr Mittel für den Wahlkampf beschern. (Ergebnis der Ende des Jahres abgeschlossenen Wahlrechtsreform-jk) Doch die Reichtümer, die in die Wahlpropaganda investiert werden, bedeuten nicht automatisch, daß es saubere Wahlen sein werden und die bisherigen Ungleichheiten zugunsten der PRI aufgehoben sind. Das wahrscheinlichste für Mexico 1997: Mehr Armut, politische und soziale Unsicherheit und Gefahr bewaffneter Auseinandersetzungen".

In ihrem "Good bye 1996" fassen die AutorInnen des 'equipo pueblo' die wichtigsten politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungen und Ereignisse zusammen, mit einem Zwischenkapitel 'Militarisierung'. "1996 traten mehrere bewaffnete revolutionäre Gruppen in verschiedenen Teilen des Landes auf. Die wichtigste war die EPR, das revolutionäre Volksheer. Andere Gruppen, darunter einige der EPR angehörende Gruppen, sind die "Revolutionäre Armee Guanajuato (Bundesstaat Mexicos-jk), die Magonista Armee, benannt nach Ricardo Flores Magin, Anarchist und Journalist zur Jahrhundertwende und am 28. 11. das Revolutionäre Heer des Volksaufstandes - ERIP -, das in ihrer 'Erklärung aus dem Norden über die Existenz einer 'pluralen revolutionären Kraft bestehend aus Arbeitern, Bauern, Studenten, Fachleuten und kleinen Unternehmern' informierte. Das tatsächliche Bestehen der Magonisten Armee muß noch bestätigt werden, die ERIP hat noch keine militärischen Aktionen durchgeführt. Die Verbreitung revolutionärer Gruppen beweist jedoch eine wachsende Ungeduld in der Bevölkerung angesichts des Ausbleibens sozialer Verbesserungen, der nach wie vor herrschenden Korruption, der Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte und dem Fortbestehen autoritärer Strukturen auf allen Ebenen. Die Antwort der Regierung auf die EPR - und revolutionäre Gruppen im allgemeinen - war die Militarisierung des Landes... Durchsuchungen und Straßensperren gehören seitdem zum Alltag, und Repression und Bedrohung sozialer Bewegungen und Organisationen haben massiv zugenommen".

"Angesichts der zunehmenden Unregierbarkeit, Folge der Illegalität und Nicht-Legitimation einiger offizieller Institutionen und der kritischen politischen, ökonomischen und sozialen Situation des Landes, erleben wir eine drastische Zunahme der Beteiligung des Militärs in der Gesellschaft und im Staat. Das Militär wird aller Wahrscheinlichkeit nach", so die Warnungen des Soziologen und Militärforschers José Luis Pineyro, "zu einem neuen politischen Akteur. Denn angesichts der multidimensionalen Krise, begleitet von einer Reform in kleiner Dosis durch die Machthabenden ist es logisch, daß Präsident Zedillo auf eine der letzten vertrauenswürdigen Institutionen des mexikanischen Staates zurückgreift, die Prestige, Institutionalität, Disziplin und Professionalität hat: die Streitkräfte... Die zunehmende Präsenz des Militärs kann verschiedene Auswirkungen für das Militär selbst und die mexikanische Gesellschaft haben. Der Militäretat wurde in den letzten Jahren drastisch erhöht, 1996 allein um 44,8 Prozent und nimmt heute den 2. Platz im Staatshaushalt ein. Die Regierung der USA drängt darüberhinaus über das Pentagon auf eine intensivere militärische Zusammenarbeit".

Trotz des alarmierenden politischen, ökonomischen und sozialen Panoramas, das wie ein roter Analysefaden die Einschätzungen und Prognosen durchzieht, bestimmt das Prinzip Hoffnung die Kommentare etlicher AnalystInnen.

"Der EZLN ist es in diesen 1097 Tagen gelungen", schreibt Luis J. Garrido, Berater der EZLN, "die Beziehungen zwischen der Gesellschaft und der Macht zu verändern... Seit 3 Jahren erinnert uns der Zapatismus an die Lektion der Maya-Völker, daß es möglich ist, Widerstand gegen die Machtpolitik der Herrschenden zu leisten, sich ihr scheinbar zu beugen und doch alles zu verändern, weit über den

institutionellen Rahmen hinaus...Die Herausforderung besteht heute für die Zivilgesellschaft. Die angestrebte Verankerung der Autonomie-Rechte der Indígena-Völker in der Verfassung hat Bedeutung für das ganze Land...Die geplante Verfassungsreform ist nur der Anfang des Weges der Veränderungen. Die sozialen und wirtschaftlichen Probleme von Chiapas und Mexico vergrößern sich und der Friede kann nicht erreicht werden, solange das Vergessen fortbesteht".

"Auf der Suche nach einer politischen Lösung" kommentiert Paulina Fernandez, ebenfalls politische Beraterin der EZLN, "hat die EZLN versucht, eine breite und immer engere Beziehung zu den verschiedenen Teilen der mexikanischen aber auch der internationalen Zivilgesellschaft zu entwickeln. Die Praxis hat deutlich gemacht, daß die Hoffnungen, die entscheidenden Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben zu erkämpfen, nicht auf die Regierung gerichtet sein können, sondern von der unabhängigen Organisierung der Zivilgesellschaft abhängen. Ohne ihre Beteiligung kann es keine Veränderungen geben, geschweige denn positive Veränderungen für die Mehrheit der Bevölkerung".

Jutta Klaß

[Seitenanfang](#)



Texte, Beiträge und Diskussionen zum Thema: Chiapas und die Linke

Epitaph für den Zapatismus

Wir werden weiterkämpfen für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit, wir werden weiter Zapatistas sein bis zu jenem Moment, den man schon dort in der Ferne sehen kann, dem Punkt, wo sich die Schienen des Lebens, des Kampfes und des Traumes vereinen, der in den Bergen des mexikanischen Südostens eine fruchtbare Gestalt gefunden hat, die heute Tausende in ganz Mexiko, in Amerika und der Welt teilen. Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit. Wir sind bereit, bis zum Ende zu gelangen. Subcommandante Marcos, Juni 96

Wenn dieser näherrückende Moment, das ersehnte Ende, erreicht sein wird, wenn die sinkende Sonne des mexikanischen Südostens mit ihrem melancholischen Licht das Finale des zapatistischen Spektakels vergoldet, wenn die Commandantes und Subcommandantes der EZLN ihre Pasamontanas abgestreift und an den Regierungstischen Platz genommen haben, wenn die Kämpfer ihre Waffen abgegeben und Stimmzettel in Empfang genommen haben, wenn das erodierende PRI-System einer *Zivilgesellschaft* mit gleichberechtigt um das nationale Heil konkurrierenden Parteien gewichen ist, wenn Verhaftungen und Hinrichtungen in Mexiko nicht mehr nur *willkürlich*, sondern - von den in Demokratien üblichen *bedauerlichen Mißständen* einmal abgesehen - vor allem *rechtsstaatlich* auf der Grundlage von Haftbefehlen und gerichtlichen Todesurteilen erfolgen, wenn der karge Ertrag indigener Plackerei nicht mehr dem Verdacht ausgesetzt ist, Produkt rassistischer Segregation zu sein, sondern Armut, Krankheit und Aussichtslosigkeit als Ergebnisse marktwirtschaftlicher Leistung bzw. deren Abwesenheit, mithin als selbstverschuldet, erscheinen, wenn in den Bergen des mexikanischen Südostens neben den Bildnissen des Christus, des Che und Zapatas das Porträt des maskierten Marcos gehängt wird und der erneuerte Mythos einer verratenen Revolution die Runde macht, wenn also alles so geblieben ist, wie es war, wenn aber das meiste einen anderen Namen bekommen hat, wenn die *Fackel der Hoffnung in der Welt* (F.J. Degenhardt über die Zapatisten) zumindest ihren Trägern den Weg auf die verdienten Plätze von Privilegierung und Unterordnung heimgeleuchtet hat, wenn also das Schicksal der konkreten mexikanischen Armen wieder einmal endgültig besiegelt ist und die politischen Mythen der Demokratie sich am realen, aber renovierten Elend aufs neue sättigen, dann ...

... ja, dann wird die deutsche *Metropolenlinke*, erfahren in der Verarbeitung verlorener Illusionen und

gescheiterter Hoffnungen, einmal mehr ihre bewährte Trauerarbeit leisten und sich alsbald neuen Objekten solidarischer Pflege zuwenden, auch dann wird in der marktwirtschaftlich-demokratisch geeinten Welt für Action und Unterhaltung gesorgt sein, auch dann wird die große Erzählung vom Widerstand authentischer und autochtoner Subjekte nicht verstummen, auch dann wird die Linke den Endlostext von wahrer Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit weiterschreiben ...

Weil dies alles mit deprimierender Sicherheit so oder ähnlich geschehen wird, können wir unseren Grabgesang auf den Zapatismus auch schon *pre mortem* anstimmen. Dabei ist es uns arroganterweise gleichgültig, ob der reale Exitus, wie beschrieben, sang- und klanglos durch eigene Hand oder, wie durchaus zu befürchten, durch die militärische Gewalt der mexikanischen Bundesarmee eintritt. Verantwortlich sind in jedem Fall Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und der törichte Glaube an sie.

Eine "postkommunistische Revolte" gegen das "Ende der Geschichte"?

Einen "*Epitaph für den Zapatismus*" haben wir die heutige Veranstaltung in unseren Einladungsflugblättern genannt. Das Wort Epitaph bezeichnet eine Grabinschrift, einen Grabgesang oder, verallgemeinert, einen Abgesang, der dann angestimmt wird, wenn eine geschätzte Person oder, wie im hier zu erörternden Fall, eine *Sache*, also ein über den situativen Anlaß hinaus als perspektivisch bedeutsam eingeschätzter Zusammenhang von Ideen und Handlungen, gestorben ist. Wobei gestorben nicht unbedingt den physischen Exitus bedeuten muß. Gewöhnlich wird ein Epitaph *auf* eine Person oder eine Sache gehalten; die Präposition *für* ist in diesem Zusammenhang eher ungewöhnlich, wenn nicht gar falsch oder semantisch irreführend. Wenn wir dennoch diese Formulierung gewählt haben, so deshalb, weil einerseits der (Neo)-Zapatismus für uns als emanzipatorisches Projekt eine Leiche darstellt, und weil er andererseits als politisch-affirmatives Angebot möglicherweise noch eine begrenzte Lebenszeit vor sich hat. Daß er jedoch von dieser Welt verschwinden wird, sei es durch die mörderische Gewalt der mexikanischen Bundesarmee oder sei es durch eigene politische Anstrengungen mit der Folge der Ununterscheidbarkeit von anderen patriotischen Bestrebungen, scheint uns allerdings - traurigerweise - gewiß. Einen Epitaph *für* den Zapatismus also auch für den Moment, in dem der demaskierte Marcos als mexikanischer Minister für nationale Entwicklung gemeinsam mit dem deutschen Außenminister vor den Kameras erklären könnte, daß die internationale Zivilgesellschaft sich nicht dem Diktat des Yankee-Dollar beuge.

Es ist mehr als fraglich, ob dann, wenn unser Epitaph *für* den Zapatismus einer *auf* denselben geworden ist, die Trauergemeinde ebenso zahlreich sein wird wie die Anhängerschaft zu Lebzeiten. Diese zeichnet sich auf den ersten Blick durch sehr heterogene, wenn nicht diametrale Begründungen ihrer Begeisterung aus. Zwei Hauptgruppen sind hier auszumachen. Für die einen verkörpert der Aufstand der EZLN die "erste postkommunistische Revolte", für die anderen widerlegt er die nach dem Untergang des Realsozialismus eilfertig aufgestellte These vom "Ende der Geschichte". Der Internet-Beobachter der "Frankfurter Rundschau" erklärt sich diesen konsensualen Erfolg dadurch, daß die "Thesen der Zapatisten und ihres Subcommandante Marcos über Neoliberalismus und Demokratie äußerst attraktiv für westliche Ohren" seien. "Andere Guerillabewegungen wie in Guatemala, wo die Lage weit schlimmer war als in Mexiko, nutzen das Internet seit Jahren erfolglos - weil keiner mehr ihre marxistisch-leninistische Rhetorik hören kann." (1) Da liegt er wahrscheinlich nicht ganz falsch. Was der Zeitungsmensch in der berufseigenen Oberflächlichkeit als "marxistisch-leninistische Rhetorik" verallgemeinert, ist das Insistieren auf die Abschaffung des Kapitalismus als Voraussetzung einer Gesellschaft, die diesen Namen nur deshalb verdient, weil sie die Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Mitglieder zum Primat erhebt - wie immer das dann theoretisch begründet und praktisch ausgeführt wird. Doch von solchen Dingen will heute kaum einer mehr hören; Warenproduktion, Markt und Konkurrenz gelten als allgemeinemenschliche Standards, die vielleicht hie und da ein wenig "sozialer" veranstaltet werden könnten. Radikale Kritik gilt als weltfremd, sektiererisch und gelegentlich sogar als gemeingefährlich. Auch in dieser Auffassung treffen sich die beiden Hauptgruppen der EZLN-Anhängerschaft nicht nur hierzulande.

Was die linken Zapatistenfreunde - die mit der Freude darüber, daß das "Ende der Geschichte" doch noch ein wenig auf sich warten läßt - von den Ausstellern des Unbedenklichkeitszertifikats "erste postkommunistische Revolte" unterscheidet, ist das Vorhandensein eines Substrats von Beharren auf die besondere Form ihres Einverständnisses mit dem Lauf der Dinge. Im zapatistischen Diskurs könnte das

mit dem quasimythischen Terminus "Würde" bezeichnet werden, hierzulande ist das leider nicht mehr als die berühmt-berüchtigte "eigene Meinung", der Ausweis gelungener staatsbürgerlicher Sozialisation. Weil diese Leute von der Belanglosigkeit von Meinungen in der bürgerlichen Gesellschaft zwar nichts wissen wollen, aber dennoch tagtäglich verspüren, daß es darauf nicht ankommt, legen sie auch heute noch Wert auf diese besondere Form. Man möchte nicht nach der weltgeschichtlich scheinbar endgültigen Durchsetzung von Markt und Demokratie einfach in der grauen Masse der Alternativlosen verschwinden. Der für Außenstehende unerwartete, eruptive Ausbruch des Zapatisten-Aufstands am 1. Januar 1994 kam da gerade recht.

Nein, das "Ende der Geschichte" sollte der Untergang des Realsozialismus für die vernünftig gewordene Linke nicht bedeuten, sicher ein Ende der eigenen, aus ideologischer Verblendung resultierenden, Irrtümer, aber doch keineswegs ein Ende des Bedarfs an kreativen, im vollen Bewußtsein der Eigenverantwortung handelnden Innovateuren. Hatte man nicht, trotz aller totalitären Entgleisungen zur Zivilisierung der BRD beigetragen, war nicht zuletzt aufgrund des eigenen Engagements das einstmals unheimliche Deutschland zu einem liebenswerten, weil demokratischen, Vaterland geworden? Wenn man selbst noch zu jung war, um sich wie die echten "68er" mitsamt ihrer K-Gruppen- bzw. Sponti-Abenteuer diese Meriten als eigene an die Brust zu heften, so konnte man doch von deren "Erfahrungen" profitieren, indem man unter Anleitung oder selbsttätig "Lehren" daraus zog. Zu den wichtigsten "Lehren" gehört: 1.) Staatlichkeit in ihrer Form als Demokratie darf nicht, wie im Mainstream der traditionellen linken Theorie, Mittel zur Erreichung sozial freundlicher Ziele sein, sie muß vielmehr als Identität von Zweck und Ziel politischen Handelns als sakrosankt begriffen werden. 2.) Der Markt und die auf ihm getauschten Waren sind konstitutive Bestandteile menschlicher Gesellschaft überhaupt. Die Aufhebung dieser "Regelungsinstanzen" hätte - wie durch die Praxis des Realsozialismus angeblich bewiesen - katastrophische Folgen.

Um dieses kleine abc des demokratischen Marktwirtschaftlers zu beherrschen, muß man sich zwar nicht für antikapitalistische Theorie interessiert haben, ein kurzer Blick in die einschlägigen Massenmedien reicht dafür völlig aus, doch unterstreicht die Tatsache, daß man es sich bei seinem Einstieg in den common sense nicht leicht gemacht hat, die Ernsthaftigkeit der eigenen Haltung - man ist eben kein simpler Mitläufer - und die Kompetenz als Anbieter von Problemlösungen. Und daß es auch nach dem demokratischen Sieg im dritten Weltkrieg noch jede Menge Probleme auf dem Globus gab, machte der Zapatisten-Aufstand deutlich.

Das "Ya Basta" der EZLN lenkte den Blick auf die ganz gewöhnlichen Verbrechen des internationalen Weltmarktes, die so alt sind wie der subjektlose Täter selbst, nur die Opfer sind jeweils immer konkrete Menschen mit einer begrenzten Lebenszeit, die ihnen durch Markt und Staat zur Hölle gemacht wird. "... es interessiert keinen", heißt es in der ab Januar 94 verbreiteten "Kriegserklärung" des EZLN, "daß wir vor Hunger oder an heilbaren Krankheiten sterben, daß wir nichts haben, absolut nichts, nicht einmal ein würdiges Dach, kein Land, keine Arbeit, keine Gesundheit, keine Nahrung, keine Bildung ..." (2) Damit hatten die Zapatisten völlig recht. Die konkrete Armut konkreter Menschen interessiert außer den Armen keinen. Dennoch läßt ihr Schicksal die intellektuellen Eliten nicht gleichgültig, als *Problem* ist es ihnen hochwillkommen. Aus der konkreten Armut, aus dem Fehlen von Nahrung, Wohnung, Medikamenten, also Dingen, die im Überfluß vorhanden sind und jederzeit produziert werden können, die aber als Waren bezahlt werden sollen, entspringt für sie noch lange kein Grund, gegen den Warencharakter der notwendigen Dinge, deren Fehlen das beschriebene Elend bedingt, zu protestieren. Hier finden sie eher Grund, mangelnde *Gerechtigkeit* einzuklagen. Die Forderung, daß der Gebrauchswert der Dinge angeeignet gehöre, um die Ansprüche aller Bedürftigen zu befriedigen, mithin also auch die politische Zwangs- und Garantieinstanz der Warenproduktion, der Staat, abgeschafft gehöre, würden sie bestenfalls in den Bereich unverantwortlicher Phantasterei verweisen, schlimmstenfalls würden sie nach den Exekutivorganen des Staates selbst rufen.

Die Lektion von Markt und Staat als unverzichtbare Zivilisationsinstrumente haben nicht nur die sog. Metropolenlinken gelernt. Auch der EZLN zeigt sich als gelehriger Schüler der neuen Weltordnung. Das eben begonnene Zitat geht nämlich weiter: "... kein Recht unsere Vertreter frei und demokratisch zu wählen, keine Unabhängigkeit vom Ausland, keinen Frieden und keine Gerechtigkeit für uns und unsere Kinder." (3) In einer anderen Übersetzung des gleichen Textes heißt es " ...unsere Autoritäten frei und

demokratisch zu bestimmen ..." und statt "... keine Unabhängigkeit vom Ausland ..." " ... ohne Unabhängigkeit von den Ausländern ... ".(4) Obwohl ohne Vorlage des spanischen Originals nicht beurteilt werden kann, welche der beiden Übersetzungen die präzisere darstellt, scheint mir doch die zweite den Kern der Angelegenheit besser zu treffen. Nicht irgendwelche "Vertreter" sollen gewählt werden, sondern, wie es sich für einen ordentlichen Staat gehört, durchsetzungsfähige "Autoritäten", solche, die in der Lage sind, zwischen Inländern und Ausländern, zwischen rechtmäßigen und unrechtmäßigen Ansprüchen an den staatlichen Souverän zu unterscheiden. Statt der jetzigen "Verräterclique, die die konservativsten Gruppen des Landes repräsentiert", auch als "Vaterlandsverkäufer"(5) gekennzeichnet, soll das Land von wirklichen Patrioten beherrscht werden. "Wir", gemeint ist der EZLN, "stehen zum Vaterland, und die grün-weiß-rote Fahne wird von den aufständischen Kämpfern geliebt und respektiert."(6) Dies sind alte und neue Töne zugleich.

Alte Töne, weil politische Aufstandsbewegungen in der 3. Welt in der Regel sich als die besseren Patrioten verstehen und die von ihnen bekämpfte Regierung als Verräter an der Nation angreifen. *Ideologisch* hatte dies seinen Grund vor allem in der nationalen Ausrichtung der von der Leninschen Imperialismustheorie und den theoretischen Vorgaben der leninistisch-stalinistischen 3. Internationale beeinflussten Parteien und Bewegungen. Das Dogma von der Notwendigkeit der Herausbildung einer selbständigen und unabhängigen Nation als Voraussetzung für die soziale Emanzipation der Unterklassen hat nach dem fast sang- und klanglosen Verschwinden so gut wie aller parteikommunistischer "Gewißheiten" eine äußerst vitale Resistenz behalten. Hinzu kommt die *praktische* Demonstration nationaler Privilegierung und Unterordnung durch die internationale Kapitalkonkurrenz. Die gewaltsame Absicherung der für die Länder der sog. 3. Welt ungünstigen Weltmarktkonditionen durch die imperialistischen Staaten sorgt für eine empirische Bestätigung der antiausländischen Aversion. So auch im Falle Mexikos. Anlaß für das von den Zapatisten gewählte Aufstandsdatum war das Inkrafttreten des NAFTA (North American Free Trade Agreement), wodurch die Unterlegenheit der mexikanischen Wirtschaft gegenüber ihren US-amerikanischen und kanadischen Konkurrenten festgeschrieben wurde, indem der mexikanische Staat "freiwillig" auf seine außenwirtschaftlichen Regulationsinstrumente verzichtete. Dieser *Globalisierung* des effektivsten Verwertungsstandards sollte auf nationaler Ebene in Form des *Neoliberalismus* die uneingeschränkte Zurverfügungstellung aller verwertbaren - vor allem menschlichen - Ressourcen für die Kapitalverwertung folgen. Das hieß für Mexiko die Abschaffung der spärlichen und unvollendeten sozialen "Errungenschaften" seiner nationalen Entwicklung. Was in den "Zentren" des Weltmarktes die Abschaffung der klassenkämpferisch oder korporatistisch entstandenen Mindestgrenzen des Wertes der Arbeitskraft und der Bedingungen ihrer Reproduktion bedeutet, beinhaltet für die Länder der "Peripherie" nicht nur eine Festschreibung des bestehenden Elends der Unterklassen, sondern auch eine immense Beschleunigung des unmittelbaren Verfalls sämtlicher ihrer Lebensbedingungen. Die national-souveräne Verfügung über die "eigenen" Reichtumsressourcen scheint in so einer Situation als grundlegender Schritt in Richtung eines allgemeinen Wohlstandes. So weit die alten und bekannten Töne in den Erklärungen des EZLN.

Neue Töne sind dagegen zu vernehmen, wenn es um den Umgang mit der aktuell von Vaterlandsverrätern beherrschten Staatsmacht geht. Traditionelle Befreiungsbewegungen strebten deren Zerschlagung und ihre Ersetzung durch eine sog. "Volksmacht" an. In der Regel erkannten sie in der Konstitution des bekämpften Staates eine wesentliche Ursache für dessen Unterlegenheit gegenüber ausländischen Begierden. Der häufig in den Verfassungen festgeschriebene Liberalismus erschien ihnen nicht zu Unrecht als ideologische Rechtfertigung der kleinen Schicht einheimischer Profiteure und deren Ausverkauf nationaler Interessen an ausländische Nutznießer. Nach der Machtübernahme durch die Befreiungsbewegungen sollte eine völlig neue Gesetzmäßigkeit etabliert werden, in der das materielle Interesse der bislang Zukurzgekommenen das Selbstverständnis der Nation prägen sollte. Und in der Tat konnten die eifertig als Entwicklungs- und Modernisierungsdiktaturen geschmähten Staaten lange Zeit der Mehrzahl ihrer Bevölkerungen zumindest einen gesicherteren Lebensunterhalt bieten als Staaten, die sich dem westlichen Marktideal verbunden fühlen. Das Beispiel Cubas steht bis zu seiner - erzwungenen - aktuellen Selbstaufhebung für den bescheidenen Erfolg einer solchen Politik. Die derzeitige Endphase des cubanischen Modells zeigt aber in ihren ideologischen Hervorbringungen auch die grundsätzlich antiemanzipatorische Tendenz linker Staatsprojekte: Wenn die sozialen Errungenschaften unaufhaltsamer Zerstörung anheimfallen, fordert der Staat nämlich nach wie vor seinen Tribut in Form der bedingungslosen Dienstbereitschaft seiner Untertanen. Die Parole "Patria o muerte"

drückt das in beklemmender Deutlichkeit aus.

Eine linksradikale Kritik an Staatlichkeit als Mittel sozialer Emanzipation, der zufolge nämlich die genuinen Bestandteile kapitalistischer Produktion und Verteilung - Staat, Markt, Lohnarbeit und Geldwirtschaft - nicht zu deren Aufhebung taugen, sondern noch beim besten Willen der Akteure hinter deren Rücken quasi "automatisch" die alten Verhältnisse reproduzieren, ist jedoch kein Bestandteil zapatistischer Theoriebildung. Diese fällt in ihrem Staatsfetischismus noch hinter ihren traditionellen Vorgängerinnen zurück. Bereits während der bewaffneten Kämpfe im Januar 1994 proklamierte der EZLN seine Treue zur mexikanischen Verfassung und erhob diese zur legitimatorischen Grundlage des Austands. "... als unsere letzte Hoffnung, nachdem wir alles versucht haben, um die auf unserer Magna Charta basierende Legalität in die Praxis umzusetzen, beziehen wir uns auf den Artikel 39 unserer Verfassung, worin es wörtlich heißt: 'Die nationale Souveränität liegt wesentlich und ursprünglich beim Volk. Alle öffentliche Macht geht vom Volk aus und wird eingesetzt, um dem Wohle des Volkes zu dienen. *Das Volk hat jederzeit das unveräußerliche Recht, die Form seiner Regierung zu verändern oder zu modifizieren.*'"(7) Der letzte Satz aus dem Verfassungszitat ist in der deutschen Übersetzung kursiv gedruckt. Wahrscheinlich ist dem Übersetzer aufgefallen, daß es sich hier um eine für Verfassungen ungewöhnliche Formulierung handelt. In der Regel stellen Verfassungen ihrem Staatsvolk zwar die Veränderung und Modifizierung des *Personals* der Regierung frei, jedoch nicht deren *Form*. In Deutschland wäre ein Versuch die Regierungsform zu ändern, eine verfassungsfeindliche Bestrebung mit allen Konsequenzen, bis hin zur Ausrufung des staatlichen Notstandes. Hatte sich etwa der EZLN hier ein verfassungsjuristisches Hintertürchen offengelassen, um doch den mexikanischen Staat, beherrscht er ihn erst einmal, als Mittel der Volksmacht ihrer unterm Neoliberalismus leidenden Klientel einzusetzen?

Um diese Frage zu beantworten, ist es notwendig, sich die Situation der Hauptklientel der Zapatisten und die Artikulation ihrer Interessen durch den EZLN anzusehen. In Mexiko wie in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern sind von der neoliberalen Politik neben der zunehmend marginalisierten Arbeiterklasse in besonderem Maße indianische Bevölkerungsgruppen im agrarischen Bereich betroffen. Der für Chiapas besondere, aber für die meisten mexikanischen Regionen verallgemeinerbare, Zustand der Ultraausbeutung auf Grundlage einer de facto Rechtlosigkeit der sog. "Indigenas" spielt in den Selbstdarstellungen des EZLN eine große Rolle. Ultraausbeutung ist in diesem Zusammenhang ein durchaus zutreffender Terminus, weil der Wert der indianischen Arbeitskraft häufig durch die *direkte* Gewalt der Besitzenden und kaum durch die traditionellen Marktmechanismen oder gar den Klassenkampf bestimmt werden kann. Ein zentrales Thema der Beschreibung in den zapatistischen Texten ist insofern der Gegensatz von, häufig feudal-autokratisch agierenden, agrarischen Großgrundbesitzern und einer Handelsbourgeoisie einerseits, recht- und landlosen Indiobauern, deren konkrete Situation zwischen Subsistenzwirtschaft, Lohnarbeit und Leibeigenschaft changiert, andererseits. Die Phänomene einer von den Unterklassen fast bedürfnislos betriebenen Landwirtschaft und der häufig fast entschädigungslosen Aneignung ihrer Produkte durch die Besitzenden führte (fast) zwangsläufig zur Artikulation eines Warenbesitz und -zirkulation affirmierenden politischen Bewußtseins.

Die Parole "Tierra y Libertad" bringt das Bedürfnis zum Ausdruck, anstelle des, für den Landarbeiter selbstverständlich unproduktiven und entbehrlichen, Großgrundbesitzers, selbst die Quellen des Reichtums (Tierra) zu besitzen und sie, vor allem vermittelt der Ausbeutung eigener und familiärer Arbeitskraft, produktiv zu machen und über die Produkte als freies Austauschsubjekt rechtlich garantiert zu verfügen (Libertad). Für traditionelle Linke stellte eine solche Idealisierung von Markt und Staat in der Regel kein Problem dar. Als *Politiker* kam es ihnen darauf an, eine möglichst breite Front als Vehikel für ihr Vorankommen zu schaffen. Die Aufhebung der bäuerlichen Warenproduktion sollte durch Kollektivierung zu einem opportun erscheinenden Zeitpunkt *nach* der Revolution betrieben werden. Als *Nationalökonom*en wußten sie schließlich um die Nützlichkeit kleinbäuerlichen Ehrgeizes für staatliche Aufbauprojekte. Und als *Geschichtsmetaphysiker* gingen sie auch noch in Zeiten globaler Warenzirkulation davon aus, daß jedes einzelne Land eine Stufenleiter determinierter Produktionsformen zu durchlaufen hatte, bevor eine allgemeine Bedürfnisbefriedigung ins Auge gefaßt werden konnte.

Bekanntlich stammen die Gründerväter und -mütter des EZLN aus der Zeit militanter maoistisch-stalinistischer Aufbauorganisationen, zu deren ideologischer Grundausstattung das beschriebene

Verständnis von Politik, Ökonomie und Geschichte gehörte. In idealisierenden Beschreibungen wird häufig lobend erwähnt, diese früheren MLer hätte nach ihrem Rückzug in den mexikanischen Südosten beachtliche Lernprozesse vollzogen. Offensichtlich besteht deren Ergebnis nicht nur in der Beherrschung indianischer Sprachen und Lebensweisen, sondern auch in der Akzeptanz realpolitischer Erfordernisse. Denn als traditionelles linkes Guerilla-Projekt begann der Zapatisten-Aufstand völlig unzeitgemäß, weil historisch verspätet. Nach dem Ende des sowjetischen Lagers als Subventionierungsinstanz simulierter, im Wortsinne "sozialer" Marktwirtschaften und dem "objektiven" Wertverlust des Produktionsfaktors Arbeit in der postfordistischen Ära ist der von der "neuen Weltordnung" zur Verfügung gestellte Spielraum für nationale Entwicklungsprojekte gleich null. Das war den zapatistischen Strategen gewiß nicht verborgen geblieben.

Aus dem traditionell anmutenden Aufstand mit seiner bäuerlichen und indianischen Färbung wurde bald ein kommunikatives Projekt zur diskursiven Beeindruckung der "Zivilgesellschaft". Auch dies hat den Zapatisten bei den Zeitgeistrittern der "Metropolen" eine Menge Pluspunkte eingebracht. Zwar führen sie nach wie vor das Schlagwort von der "Nationalen Befreiung" im Mund und versuchen weiterhin "Nationale Befreiungsfronten" zu schmieden, doch vom Ziel der Inbesitznahme nationaler Macht als Voraussetzung alternativen Nationalaufbaus haben sie längst ausdrücklich Abstand genommen. An die Stelle konkreter Forderungen und Zielsetzungen sind Phrasen getreten, die sich vor allem um die projektionsfähigen Begriffe "Würde" und "Wahrheit" gruppieren. Der literarisierende Subcommandante schwelgt in der Verklärung von "Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit", als wolle er sich demnächst um eine Stelle als Redenschreiber für Clinton, Kohl oder Jelzin bewerben. Am liebsten wäre der EZLN heute eine gewöhnliche politische Partei; nur läßt dies der mafiotisch-terroristische Staatsapparat Mexikos (noch?) nicht zu. Folgerichtig sind im vergangenen Jahr zwei "neue", die alte ML-Konzeption mit demokratischen Modifizierungen erneut hochhaltende Guerillabewegungen (EPR und ERIP) in Mexiko in Erscheinung getreten. Auch eine "neue" Kommunistische Partei Mexikos wurde inzwischen gegründet; ihr zufolge ist "der Sozialismus nicht gescheitert, sondern nur gestrauchelt".(8)

Ist dies das Ende der "ersten postkommunistischen Revolte" und damit nun wirklich das "Ende der Geschichte"? Nicht ganz; das zeigt gerade die Ergebnislosigkeit des zapatistischen Projekts. "Ende der Geschichte" bedeutete ja in der triumphalistischen Euphorie des Westens nach 89 das Ende von subjekthafter, identifizierbarer Herrschaft. Der Realsozialismus verkörperte diese mit seinem Anspruch, der Arbeit ihren Charakter als Verwertungsmasse für das Kapital zu nehmen und ihre vorgebliche Befreiung zum Primat der Staatlichkeit zu erheben, auf geradezu idealtypische Weise. Nach seinem Abdanken sollte in den Augen westlicher Ideologen nur noch die der Ökonomie unterstellte Vernunft, verkörpert im Bürgerwillen der konkurrierenden Geldsubjekte herrschen. Die staatliche Gewalt kann in diesem Zusammenhang nicht mehr als ein über der Gesellschaft lastender Fremdkörper gedacht werden, sie wird nun das, was sie neben allen Ideologisierung in der bürgerlichen Welt real auch immer war: notwendige Garantieinstanz des gesellschaftlichen Warentausches, die jedes bürgerliche Subjekt bei Strafe des Untergangs wollen muß. Der politisch-ideologische Ausdruck dieses ständig unvollendeten Gesamtkunstwerks heißt "Zivilgesellschaft".

An diese Zivilgesellschaft möchte der EZLN die Macht in Mexiko übertragen wissen. Die diktatorische, willkürliche Herrschaft, die von der Staatspartei PRI repräsentiert wird, mit all ihren "unzivilisierten" Erscheinungsweisen, wie der Korruption und dem Einsatz staatlicher Macht zur Bereicherung der traditionell Privilegierten, wie dem Dominieren partikularer Herrschaftsinteressen über den gesamtstaatlichen Entwicklungserfordernissen ist für eine zu kurz gekommene bürgerliche, in der Regel akademisch geprägte, Elite das Haupthemmnis für ihre Teilhabe an der Macht. Für diese Verantwortungsträger im Wartestand trifft ein makabres Gorbatschowsches Bonmot aus der Frühzeit der sowjetischen Perestroika ins Schwarze: Sie brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen. Gern vergleichen sie deshalb die mexikanische Situation mit der in Osteuropa vor 89. Der Historiker Adolfo Gilly, Mitglied des als "linksbürgerlich" apostrophierten Partido Revolucionario Democrático (PRD) formuliert stellvertretend für seine Kaste: "Ich erhoffe mir so etwas wie eine 'tschechoslowakische' Antwort: einen großen und friedlichen Aufstand, eine ganze Gesellschaft, 'Nein' sagt."(9)

Die mexikanischen Armen hingegen, die Indigenas in ihrem sozialen Elend brauchen weder Demokratie noch Zivilgesellschaft. Ihnen nützt es nichts, wenn, wie wir in unserem Flugblatt schrieben, "der karge

Ertrag indigener Plackerei nicht mehr dem Verdacht ausgesetzt ist, Produkt rassistischer Segregation zu sein, sondern Armut, Krankheit und Ausweglosigkeit als Ergebnisse marktwirtschaftlicher Leistung bzw. deren Abwesenheit, mithin als selbstverschuldet erscheinen". Ebenso wenig nützt es ihnen, wenn die gegen ihre Ansprüche gerichtete Repression künftig auf rechtsstaatlicher Grundlage stattfindet. Haftbefehle, Todesurteile, Rechtsgüterabwägungen wg. Folterungen - selbstverständlich nur, um größeres Unheil abzuwenden -, in all diesen zivilen Angelegenheiten sind demokratische Juristen kompetent und erfahren. Die realen mexikanischen Armen, in deren Namen die Zapatisten angetreten sind, und die ihnen das Kanonenfutter und das künftige Stimmvieh stellen, brauchen keinen renovierten Staat und keine "gerechte" Marktwirtschaft, sie brauchen die weltweite Abschaffung von beiden, das wäre dann auch die Abschaffung ihrer Armut.

Daß gescheiterte Staatssozialisten und enttäuschte Bewegungslinke ihr Glück in den neuen ideologischen Konstellationen von Postkommunismus und Zivilgesellschaft suchen, verwundert nicht. Bei fortwährender Krisenhaftigkeit der internationalen Wertverwertung wird sie ihr untrügbares Gespür für erfolgsversprechende Polit-Trends noch mit ganz anderen "Herausforderungen" konfrontieren. Verwunderlich ist eher ein anderer Umstand, der in dieser kleinen Trauerrede nicht angesprochen wurde und vielleicht anschließend diskutiert werden sollte. Er betrifft jene Bewegungslinken, die nach wie vor eine grundsätzliche Feindschaft gegenüber dem Kapitalismus beanspruchen. Lesen sie eigentlich selbst die von ihnen so oft publizierten Pamphlete der Zapatisten und die Prosa des Subcommandante? Wenn ja, würde sich daraus ein Reihe weiterer Fragen ergeben.

Klaus Wehmeier, Jour-Fixe-Initiative Berlin

Anmerkungen

- 1) Ludwig Siegele, Die "Internationale" des Internets, in: Frankfurter Rundschau 4.3.97
- 2) Die Kriegserklärung des EZLN. "Heute sagen wir: Es reicht!" in: Andreas Simmen (Hg.), Mexiko. Aufstand in Chiapas. Ein WOZ-Buch, Berlin-Amsterdam 1994, S. 49
- 3) Kriegserklärung ebenda
- 4) zitiert nach: Carlos Monsivais, Anmerkungen zu einem Porträt, in: Anne Huffs Schmid (Hg.), Subcommandante Marcos. Ein maskierter Mythos, Berlin 1995
- 5) Kriegserklärung ebenda
- 6) Kriegserklärung, S. 50. Die Formulierung "stehen zum Vaterland" scheint den Übersetzer nicht ganz befriedigt zu haben. Er fügt nämlich noch die Original-Formulierung "tenemos patria" in Anführungszeichen hinzu. Wörtlich übersetzt würde diese lauten: "Wir haben Vaterland", sind also keine "vaterlandslosen Gesellen".
- 7) Kriegserklärung ebenda
- 8) junge Welt 10.12.96
- 9) Gespräch mit Historiker Adolfo Gilly. Die legale Linke hat wieder Horizont, in Simmen (Hg.), a.a.O., S. 131

[Seitenanfang](#)



Texte, Beiträge und Diskussionen zum Thema: Chiapas und die Linke

Krieg gegen das Vergessen und die Lüge

Kampf, Politikverständnis und Sprache der EZLN

"Heute sind es 1095 Tages des Krieges gegen das Vergessen, mit dem sie uns töten wollen, drei Jahre des Widerstandes", beginnt Subcomandante Marcos die Erklärung des Geheimen Revolutionären Indígena Komitees - CCRI - zum Jahrestag des Aufstandes. "Hier sind wir, hier machen wir weiter, wir werden nicht schweigen, wir werden uns nicht ergeben... Es wird keinen Frieden geben, solange die Mißachtung des Anderen die einzige mögliche Beziehung ist, solange die Lüge das einzige Wort ist, das gehört wird und Intoleanz und Zynismus die einzigen Fahnen bleiben...Die Mächtigen haben keine anderen Worte als die Lüge. Ob dieses 4. Jahr ein Friedens- oder Kriegsjahr wird, hängt davon ab, ob die oberste Machtinstanz die Geschichte akzeptiert und anerkennt, daß die Anderen Raum für sich haben müssen (in Anspielung auf die noch offene Frage der Verankerung der Autonomie-Rechte der Indígena-Völker in der Verfassung-jk)".

Die Realität der herrschenden politischen, ökonomischen und sozialen Strukturen hat der Entwicklung in Chiapas und Mexico in den vergangenen drei Jahren, seit Beginn des bewaffneten "Ya Basta" der Zapatistas, ihren Stempel aufgedrückt, der Frage "Krieg oder Frieden" eine neue alarmierende Aktualität gegeben.

Doch gleichzeitig gelang es der EZLN seit 1994, die Beziehungen zwischen der Gesellschaft und der Macht zu verändern, die "Vorrevolution" (Marcos) oder "Revolution niedriger Intensität" zu initiieren und deutlich zu machen, daß es möglich ist, Widerstand gegen die Machtpolitik der Herrschenden zu leisten.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit soll im folgenden versucht werden, die wichtigsten Elemente der zapatistischen Politik zu skizzieren und deutlich zu machen, in welchen Bereichen die EZLN die "avantgardistischen" Praktiken der häufig dogmatischen und sektiererischen revolutionären (internationalen) Linken sprengte und Impulse für eine Neudefinition revolutionärer Politik gab.

Zwei Tage vor dem Mord an Luis Donaldo Colosio, dem Präsidentschaftskandidaten der seit Jahrzehnten herrschenden (Staats-)Partei der institutionalisierten Revolution PRI, hatten die Maya-Priester von Chiapas am 21. 3. 1994 den Beginn der "6.Sonne" verkündet: das Ende der 500jährigen Dunkelheit und Zerstörung, des Elends und der Gewalt, das Ende der langen Nacht der Unterwerfung und Ausbeutung und den Beginn der Rekonstruktion Mexikos, das Erwachen der Indígena-Völker.

Auch für die Zapatistas bilden, für uns EuropäerInnen häufig befremdend und unverständlich, die alten und neuen sozialen Mythen ebenso wie die Geschichten Marcos über den alten Antonio wesentliche Elemente ihrer 'Comunicados' und ihres Bemühens, den Bruch mit der herrschenden Politik und ihren Macht- und Herrschaftsstrukturen voranzutreiben, ohne den Herrschenden die Symbole und kollektiven Mythen der revolutionären Befreiung zu überlassen; Symbole und Mythen die noch immer bei den Campesinos, breiteren proletarisierten Schichten und auch den Indígenas große Bedeutung haben.

Anläßlich des 75.Todestags von Emiliano Zapata verbindet das Klandestine Revolutionäre Indígena-Komitee (CCRI) z.B. die legendäre Figur des Bauernführers der mexikanischen Revolution mit Votán, dem noch heute verehrten mythischen Helden und Gott der Indígenas von Chiapas.

Antonio García de León, Autor des Buches "Widerstand und Utopie - Tagebuch der Erniedrigungen und der zur Wirklichkeit gewordenen Prophezeiungen in der Provinz Chiapas während der letzten 500 Jahre", faßt die Mythen der chiapanekischen Indígenas über Votán wie folgt zusammen: "Votán - das Herz des Volkes und das Herz des Himmels - gab den Anstoß für die zahlreichen und sich in den vergangenen 500 Jahren wiederholenden Zyklen der Indígena-Aufstände gegen ihre Unterdrücker".

"Uns alle vereint, angesichts einer dreifarbigten Fahne, in deren Zentrum ein Adler eine Schlange verschlingt, unser gemeinsames Elend, das kollektive Vergessen, in das wir seit 501 Jahren versenkt

wurden, der nutzlose Tod, den wir erleiden, unsere Gesichtslosigkeit, unsere Namenlosigkeit, unser Setzen auf Leben und Tod für eine ferne Zukunft" - so beginnt die Botschaft des CCRI-EZLN vom 10. April an die mexikanische Bevölkerung. "Brüder, wir möchten, daß ihr erfahrt, wer hinter uns steht, wer uns führt, wer mit unseren Füßen geht und wer unsere Herzen beherrscht, wer unsere Worte bestimmt und in unserem Tod lebt: Votán Zapata, Licht, das aus der Ferne kam und hier in unserer Erde geboren wurde. Votán Zapata - Hüter und Herz des Volkes, Herrscher der Nacht, Herr der Berge. Wir. Keiner und alle ... Mit diesem Namen werden die Namenlosen benannt. Zapatistische Nationale Befreiungsarmee. Zärtliche Wut, die sich bewaffnet. Ungerechter Frieden, der Krieg ist. Tod, der gebärt. Angst, die Hoffnung wird. Schmerz, der lacht. Zum Schweigen gebrachter Schrei. Gegenwart für eine ferne Zukunft. Alles für alle. Nichts für uns. Wir, Zapatistische Nationale Befreiungsarmee. Wir, Votán, Hüter und Herz des Volkes".

Der im April 1994 zum ersten und einzigen Mal benutzte symbolische Doppelname - Votán Zapata - bringt die Verschmelzung von zwei noch heute lebendigen Volksmythen der mexikanischen Geschichte zum Ausdruck.

Mythen und das Anknüpfen an die sozialrevolutionären Erfahrungen vergangener Kämpfe, die Wiedereroberung der eigenen Geschichte, des indianischen Widerstandes und der mexikanischen Geschichte allgemein, ihrer Symbole und "Helden" und der Versuch, ausgehend von den Erfahrungen und Praktiken der Indígena-Gemeinden ein neues Verständnis von Demokratie zu entwickeln und zu vermitteln, konkret: eine Demokratie, die als Volkssouveränität und gesellschaftliche Autonomie interpretiert wird und die kaltblütige neoliberale Markt- und Machterhaltungslogik der Herrschenden andererseits, bilden seit dem Aufstand der Zapatistas eine hochexplosive Mischung, verstärkt durch den radikalen Glaubwürdigkeits- und Legitimitätsverlust der damaligen und heutigen "Regierung der mexikanischen Revolution".

"Poesie kann nicht die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sein" erklärten Anfang August in einer Pressekonferenz Comandantes der am 28. Juni 1996 zum ersten Mal öffentlich aufgetretenen neuen bewaffneten Bewegung EPR - dem revolutionären Volksheer - in Abwandlung der Clausewitz'schen "Lehre" vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln und grenzten sich damit implizit von der international faszinierenden "neuen" Sprache und Kommunikationspolitik der Zapatistas der EZLN, der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung, ab.

"Poesie verändert nichts und macht außerdem nicht deutlich, welche Richtung, die Bewegung einschlagen soll", lautete ihre Abgrenzung zur explizit nicht genannten EZLN. "Die Herausforderung besteht nicht nur darin, eine moralische Autorität zu werden, sondern dieser eine konkrete Form zu geben, die in der Lage ist, die sozialen und historischen Aufgaben zu lösen, vor denen wir stehen. Wir kämpfen um die Macht und werden nicht mit einer mörderischen Regierung verhandeln".

Mexico, in der Vergangenheit eines der Länder, in denen es keiner der bewaffneten Gruppen in den 60-er und 70er Jahren gelang, sich in einen politischen Faktor auf nationaler Ebene zu verwandeln, ist heute das Land, in dem innerhalb von drei Jahren zwei politisch-militärische Organisationen zum Kristallisationspunkt und Katalysator des Widerstandes gegen die PRI-geschaffenen und globalisierten Verhältnisse wurden bzw. werden.

"Der bewaffnete Kampf ist für uns Teil eines umfassenderen Prozesses. Ob er entscheidend ist und welche Bedeutung er hat, hängt von der Entwicklung des Gesamtprozesse ab", erklärte Subcomandante Marcos Anfang Februar 1994 und konkretisierte am 11. Jahrestag der Gründung der EZLN, am 17. November 1994, die beiden Elemente, die "den Kurs des Krieges innerhalb weniger Tage verändern sollten", konkret: die "aufrichtige Haltung einer großen Anzahl von Mitarbeitern der Massenkommunikationsmedien, die trotz Gefahr für ihr Leben und ihre Existenz, Mexico und der Welt die Einzelheiten einer ungerechten und kriminellen Lage aufzeigten...Auf der anderen Seite entstand eine zivile Bewegung ohne eine genau bestimmbare gesellschaftliche oder politische Herkunft, die beide Seiten zu einer Feuerpause drängte und schließlich den Weg des Dialogs als vernünftigen Weg zur Lösung der Probleme durchsetzte". Und selbstkritisch fügte Marcos in dieser Rede hinzu: Es war "nicht die politische Geschicklichkeit und Reife des Ejército Zapatista de Liberación Nacional, wie einige

Analytiker behaupten, die den Schritt zum Dialog ermöglichten".

Der "Kurs des Krieges", die bewaffnete Kritik an der unter Carlos Salinas de Gortari durchgeführten Verfassungsänderungen u.a. zur beschleunigten Durchsetzung der neoliberalen Globalisierungspolitik, das bewaffnete Ya basta!, hatte - so die Interpretation der Rede - ursprünglich eine andere Richtung. Einer der Comandantes, Mayor Moisés, hatte in den ersten Tagen die Kampfziele, bzw. seine Interpretation derselben, in einem Interview noch wie folgt skizziert: "Wir werden die Macht erobern und die sozialistische Revolution durchführen".

Noch fehlen zu viele Elemente, um eindeutig festzustellen, welche weiteren Überlegungen in den Entscheidungsinstanzen der EZLN zur "Kursänderung" führten. Eine wesentliche Rolle, neben den bereits erwähnten Faktoren, spielte die Tatsache, daß der Aufstand vom Januar 1994, gedacht als "Funke, der in ganz Mexico einen Steppenbrand auslösen würde", an den Grenzen Chiapas gestoppt wurde. Das "Dilemma der Zapatistas - so die von mir geteilte Einschätzung der Redaktion von Land und Freiheit - bestand und besteht immer noch darin, daß sie zwar zur weiteren Erschütterung der PRI-Macht beitragen, daß aber eine soziale und politische Bewegung, die nicht nur diese Macht zum Einsturz bringen kann, sondern auch eine revolutionäre gesellschaftliche Alternative hervorbringt, vorläufig ausgeblieben ist".

Der "Funke", der in mehr als 10-jähriger politischer, organisatorischer und militärischer Arbeit in Chiapas organisiert wurde, begann mit dem Scheitern einer kleinen "traditionellen" Guerilla-Gruppe. Der ursprüngliche Diskurs einer Gruppe linker Kader, die vor mehr als zehn Jahren in die Selva ging, "drehte sich", so Antonio García de León, "um die Diktatur des Proletariats, den Sozialismus, den bewaffneten Kampf, genauso wie es die mexikanische Guerilla der 70er Jahre propagierte. Dieses Konzept war fundamental radikal, ausschließend und intolerant in dem Sinne, daß alles, was davon abwich, als kleinbürgerlich oder bürgerlich verurteilt wurde. Diese von außen kommende Linie wurde zunächst von der lokalen Indígena-Bewegung in der Selva abgelehnt und heftigst kritisiert. Offensichtlich gab es jedoch sensible Kräfte innerhalb der externen Kader, die begannen, die Indígena-Sprachen zu lernen und auf das soziale Umfeld, in dem sie sich bewegten, einzugehen. Ein Prozeß der Indianisierung begann und damit auch eine tiefgreifende politische Transformation, die die traditionellen Organisationsformen der Indígenas ernst nahm. Viel vom vorausgegangenen Fundamentalismus wird aufgegeben, die Sprache ändert sich".

Immer wieder betonten die Zapatistas als eines ihrer wichtigsten Organisationsprinzipien das Konzept des "mandar obedeciendo" - des Gehorchend-Befehlens - in unserer Politsprache mit dem Konzept des "imperativen Mandats" vergleichbar. Meine Kenntnisse, der realen Funktionsweise dieses Prinzips in den Indígena-Gemeinden sind zu gering, um die folgenden, sich auf Antonio García de León stützenden Einschätzungen der Land und Freiheit-Redaktion zu erweitern. "Im Aufgreifen der gemeinschaftlichen Traditionen der Indígenas gehen die Zapatistas zum einen von den alten Strukturen der widerständigen Dorfgemeinschaften aus, entwickeln und verstärken darin aber im organisierten Kampf Kräfte und Tendenzen, die reaktionär-patriarchalen Beschränkungen der indigenen Gemeinden zu durchbrechen. Der Aufstand selber ist ein Prozeß einer inneren Revolutionierung der traditionellen Lebensweisen und herrschaftlichen Verhältnisse".

Die Betonung des "Prozesses der inneren Revolutionierung" ermöglicht, die vielen noch offenen Fragen

* über das reale Gewicht der "reaktionären-patriarchalen Beschränkungen" vor allem in bezug auf die Situation der Indígena-Frauen, aber auch auf die Entscheidungsprozesse,

* die Rolle der "Autoritäten",

* die tatsächliche Unterordnung der militärischen Organisation unter das zivile Kommando der zapatistischen Gemeinschaften

* und das Verhältnis "Kollektiv-Individuum"

in ihrer widersprüchlichen Dynamik zu einem späteren Zeitpunkt zu beantworten.

Der Aufstand der Zapatistas, der mit dem "Verrat" an der Verfassung und ihren Inhalten begründet wurde und dessen wesentliche Elemente die Forderungen nach Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Würde waren, brach in der Praxis - trotz einzelner "traditioneller" Statements - mit dem Konzept der politischen Machteroberung durch eine "Avantgarde".

"Wir meinen" - erklärte Marcos in einem Brief an die Kommunikationsmedien vom 20. 1. 1994 - "daß die revolutionäre Veränderung in Mexico nicht Ergebnis einer einseitig ausgerichteten Aktion sein wird. Das heißt, es wird keine bewaffnete Revolution oder friedliche Revolution im engen Sinne sein. Es wird vor allem eine Revolution sein, die aus Kämpfen an unterschiedlichen sozialen Fronten, mit vielen Methoden, in verschiedenen sozialen Formen, mit unterschiedlichem Engagement und Beteiligung resultiert. Und ihr Ergebnis wird nicht eine Partei, Organisation oder Organisationsallianz sein, die mit ihrem spezifischen gesellschaftlichen Sieg davongetragen hat, sondern es wird sich um eine Art demokratischen Raum handeln, der die Auseinandersetzungen von verschiedenen politischen Vorschlägen löst. Dieser demokratische Raum der Lösung wird drei Prämissen folgen, die schon historisch untrennbar miteinander verbunden sind: Demokratie, um über den gesellschaftlich vorherrschenden Vorschlag zu entscheiden, Freiheit, sich für den einen oder anderen Vorschlag zu entscheiden, und die Gerechtigkeit, an der sich alle Vorschläge ausrichten müssen".

Und "Durito", eine der literarischen Figuren in den Briefen, Statements und Reden Marcos, faßt in einem Brief vom Mai 1995 dieses Politik- und Revolutionsverständnis wie folgt zusammen: "Es handelt sich also um eine einbeziehende, anti-avantgardistische und kollektive Konzeption. Das Problem der Revolution (Vorsicht mit den Kleinbuchstaben) hört also auf, ein Problem DER Organisation, DER Methode und DES Führers (Vorsicht mit den Großbuchstaben) zu sein und wird zu einem Problem, das alle angeht, die diese Revolution als notwendig und möglich ansehen, und bei deren Verwirklichung alle wichtig sind".

Und diese "alle" sind in den Worten der Zapatistas Teil der bereits organisierten, aber auch nicht-organisierten "Zivilgesellschaft", auf die sich die EZLN seit Anfang Januar 1994 mit den unterschiedlichsten Initiativen, Aufrufen, Forderungen, Appellen bezieht. Nicht der "traditionelle" Aufruf, sich der bewaffneten Bewegung anzuschließen und unterzuordnen, sondern der Aufruf zur Selbstorganisation, zum Aufbau eigener Strukturen, um unabhängig von den politischen Parteien Mexicos die eigenen Interessen, Bedürfnisse und Forderungen zu organisieren, bestimmten die Politik der EZLN seit dem 12. Januar 1994, dem Tag an dem der mexikanische Präsident aufgrund des Drucks der mexikanischen und internationalen sozialen und politischen Bewegungen den Waffenstillstand verkündigte.

"Zivilgesellschaft mag in eine Konzession an die postmoderne Modesprache sein", so die Redaktion Land und Freiheit, "aber im politischen System Mexicos kommt diesem Ausdruck eine ziemlich klare Bedeutung zu: denn nur in wenigen Ländern ist der Herrschafts- und Korruptionscharakter der verselbständigten politischen Apparate so handgreiflich wie in Mexico, wo die jahrzehntelange Herrschaft der PRI ein scheinbar unendlich flexibles System von Integrationsmechanismen geschaffen hat, dem etliche revolutionäre Parteien oder auch Guerillas zum Opfer gefallen sind bzw. in die Arme gelaufen sind". Darüberhinaus hat die Praxis deutlich gemacht, daß die Hoffnungen, die entscheidenden Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben zu erkämpfen, nicht auf die Regierung gerichtet sein können, sondern von der unabhängigen Organisation der Zivilgesellschaft abhängen. Ohne ihre Beteiligung kann es keine Veränderungen geben, geschweige denn positive Veränderungen für die Mehrheit der Bevölkerung.

Das Vernünftige und "Einfache, das schwer zu machen ist" (B. Brecht) der programmatischen Positionen und Konzepte der Zapatistas und der damit verbundene aktuelle Prozeß der "Vorrevolution", der "Revolution niedriger Intensität", findet jedoch seine vorläufigen Grenzen in der Komplexität der Situation jener sozialen und politischen Bewegungen und Kräfte, die in der Sprache der Zapatistas die Zivilgesellschaft bilden sowie in den politischen, ökonomischen, sozialen und militärischen Rahmenbedingungen des mexikanischen Systems.



Texte, Beiträge und Diskussionen zum Thema: Chiapas und die Linke

Quo vadis Solidaridad?

Thesen zu Solidarität und Internationalismus

I. Nach dem Ende der sogenannten Systemkonkurrenz und dem angeblichen Sieg des real existierenden Kapitalismus hat sich die klassische linke Solidaritätsbewegung in der BRD perspektivlos und resigniert in ihre Schlupflöcher zurückgezogen.

Klassische Objekte linker Solidaritätsbegierde sind zerstört oder im global-kapitalistischen Grundkonsens aufgegangen. Die SandinistInnen in Nicaragua verloren Anfang der 90er die Regierungsmacht an eine neoliberal-konservative Rechtskoalition und Cuba öffnet sich dem Papst, dem Dollar, Benetton und dem Tourismus. Internationalistische Alternativen kann die klassische Solidaritätsbewegung nicht bieten, weil sie nie welche hatte.

II. Die klassische BRD-Linke Solidaritätsbewegung, wie sie sich im Zuge des Vietnamkrieges formierte, mit Cuba siegte, mit Nicaragua kämpfte, mit Palästina fiel und nun an Kurdistan verzweifelt, ist immer eine gewesen, die sich an den nationalen Befreiungsbewegungen in den verschiedensten Teilen der Welt orientierte.

Das hatte einige Folgen:

III. Stärke und Schwäche nicht selbstbestimmt

Die Solidaritätsbewegung in der BRD stand und fiel mit den Bewegungen im Trikont oder im Nahen Osten, an denen sie sich zu orientieren suchte. Das hatte zur Folge, daß es keine Bewegung gab, die auch die BRD-Verhältnisse wirksam angreifen konnte, sondern nur dann stark war, wenn die jeweilige nationale Befreiungsbewegung "vor Ort" stark war. Stellten sich aber Niederlagen ein, wie in El Salvador, oder aber wurden die Kämpfe - wie in Cuba - institutionalisiert, flauten auch die hiesigen Bewegungen und Soligruppen ab, bzw. wandten sich anderen - nicht internationalistischen - Themengebieten zu.

Durch die jeweilige Beschränktheit des Blickes auf immer nur eine oder wenige lokale und nationale Befreiungsbewegungen, konnte kein wirklich internationalistischen Ansatz entwickelt werden, der die Forderungen der jeweiligen Bewegungen als regional bedingte erkennen, somit kritisierbar machen und den hiesigen Verhältnissen einen entsprechenden Kampf entgegen halten konnte. Statt dessen wurden die Verhältnisse unkritisch übertragen und dem lokalen Befreiungskampf ein "Kampf in den Metropolen" gegenübergestellt, der die realen Lebens- und Unterdrückungsverhältnisse der hier lebenden Menschen galant ausblendete. Andererseits wurden die Verhältnisse idealisiert, die Leute gingen entweder in die jeweiligen Länder, um dem Zivilisationsdruck zu entkommen, oder versuchten die idealisierten Verhältnisse auf die hiesigen zu übertragen, gründeten Ökokommunen und setzten auf Subsistenz oder zumindest Transfair-Kaffee.

IV. Das Problem mit den nationalen Befreiungsbewegungen

Unkritisch wurden Forderungen und Programmatik der lokalen, nationalen Befreiungsbewegungen übernommen. Die alleinige Tatsache des gemeinsamen Opponierens gegen eine Regierung oder einen Staat sorgten für unbedingte Solidarität in den Metropolen, vor allem in der BRD. Deutlich gesagt werden

muß, daß natürlich jede Gruppe, die sich gegen Fremdbestimmung und Ausbeutung wehrt solidarische Unterstützung erfahren sollte. Deutlich gesagt werden sollte aber auch, daß, wenn diese Bewegungen als kämpfende GenossInnen ernst genommen werden sollen, sie auch eine solidarische Kritik erfahren müssen.

Immer häufiger stellt sich das Problem, daß sich vor allem im Zuge immer stärkerer Separatisierungskämpfe bisherige EmpfängerInnen linker Solidarität als BefreiungsnationalistInnen outen, ihre politische Praxis, aber auch ihre politische Zielsetzung absolut antiemanzipatorisch ist. Antisemitische Positionen, Sexismus und Rassismus bleiben kritikabel, auch wenn sie von einer Befreiungsbewegung geäußert werden. Und das alleinige Propagieren von Staat und Nation, Religion und Kultur, sollte gerade vor dem Hintergrund dessen, was für eine Politik hier damit betrieben wird, kritisiert werden dürfen.

V. Solidarische Kritik und kritische Solidarität

Ein Ruck kam in die klassische linke Solibewegung, als im Januar 1995 die Nachricht vom bewaffneten Aufstand der ZapatistInnen in Mexiko die Runde machte. Die Linke schien wieder ein Vorbild, die Solidaritätsbewegung wieder ein Subjekt zu haben, daß müde GenossInnen wieder munter machen würde.

Die ZapatistInnen - Männer und Frauen mit schwarzen Masken - waren auf den ersten Blick sympatisch. Sie hatten kämpfende Frauen in ihren Reihen und sahen feministische Fragestellungen nicht nur als Nebenwiderspruch, sie wollten nicht an die Macht, sie setzten nicht allein auf den bewaffneten Kampf, sondern viel mehr auf Dialog, sie schienen das Subjekt der Befreiung - nämlich indigene BäuerInnen - selbst zu sein und nicht bloß kämpfende MedizinstudentInnen. So waren sie erfrischend postmodern und neu. Und nochetwas war neu an den Zapatistas. Sie forderten den Dialog. Sie wollten keine dröge unemanzipatorische Solibewegung, deren Aktivitäten sich vorrangig darauf beschränkten Pakete und Traktoren zu schicken, sondern sie wollten Auseinandersetzung und solidarische Kritik. Das war nur leider für die BRD-Linke zu harter Tobak. Bisher sind weder Neoliberalismus und Globalisierung, noch Subsistenzkonzepte Gegenstand von öffentlichen Auseinandersetzungen innerhalb linker Soligruppen. Vielmehr wird auch weiterhin vieles unkritisch übernommen.

VI. Linker Imperialismus

Oft gelten jene, die die Politik von Befreiungsbewegungen so ernst nehmen, wie die eigene und sie deshalb auch gegebenenfalls kritisieren, als "linke ImperialistInnen". Sie würden, so die "guten Linken", marginalisierten Gruppen im Trikont die eigenen Theorien aufdrücken, sie seinen DogmatikerInnen und IdeologInnen, obwohl doch die Linke heute jenseits von Dogmatik und Ideologie stände und dem Lebensweise und Ganzheitlichkeit gegenüberstelle (Sammlung von Positionen, die so und in anderer Form auf dem Intergalaktischen Vorbereitungskongreß im Frühsommer 1996 in Berlin gefallen sind.)

Das ist Quark. Im Gegenteil, sind - wenn mensch überhaupt von "linkem Imperialismus" reden kann - die die ImperialistInnen, die jene Gruppen, die beginnen sie zu wehren, immer wieder auf ihren Opferstatus - auf die Rolle der Marginalisierten - zu reduzieren und die die miserablen Lebensverhältnisse der Menschen ästhetisieren. Das zeigt sich z.B. an der Auseinandersetzung um das Konzept der Subsistenz und der Kategorie der Identität.

VII. Subsistenz - Ästhetisierte Armut?

Vor allem der Versuch der Zapatistas und indigener BäuerInnen in Chiapas, ein Netz der Subsistenz, also der Selbstversorgung und der Kontrolle aller Nahrungsmittel durch eigenen Anbau, zu entwickeln, hat in der westlichen Solidaritäts- und Ökobewegung viele NachahmerInnen gefunden. Als bloßer individualistischer Spaß an der Freude - O.K., als politische Strategie, den BäuerInnen in Chiapas ein Hohn.

Für diese nämlich ist Subsistenz die einzige Möglichkeit, nicht zu verhungern. Die Nahrungsmittelversorgung ist für die neoliberale mexikanische Regierung der Hebel, um die aufständigen

Bevölkerung auszuhungern. Die Möglichkeit eine autarke Lebensweise zu realisieren, ist eine wirksame Waffe zum Schutz vor der Regierung. Aber sie ist kein Ziel und kein Schlüssel zur besseren Welt. Im Gegenteil ist sie verbunden mit Not und Entbehrungen, die sie bei einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung nicht zu leiden hätten. Das hiesige Subsistenzkonzept aber ist nichts als Individualisierung von Politik und auch nur deshalb möglich, weil diese kapitalistische Gesellschaft die nötigen Räume dafür schafft.

VIII. Identität und Kultur

Ein anderer Punkt, an dem sich diese unkritische Rezeption von lokalen Befreiungsbewegungen durch Metropolenlinken zeigt, ist die Frage der Kategorien Identität und Kultur. Es macht eben einen Unterschied wo und unter welchen Bedingungen dieses oder jenes rezipiert wird. Die indigene Bevölkerung in Mexico haben die Identität "Indio" nicht frei gewählt. Es handelt sich um eine Fremdzuschreibung durch die hegemonialen Teile der Gesellschaft - größtenteils europäisch-spanischer Herkunft. Die Fremdzuschreibung "Indio" ist verbunden mit realen Folgen. "Indios" sind weniger angesehen, haben weniger Rechte, keine oder kaum Ausbildung und Gesundheitsversorgung. Die einzelnen Individuen werden nicht aufgrund individueller Schwächen unterdrückt und ausgebeutet, sondern als Gruppe. Sie müssen jeden Tag die Fremdzuschreibung "Indio" erfahren. Unter dem Vorsatz: "Identität zur Waffe machen" versuchen die Zapatistas nun diese Fremdzuschreibung durch eine Selbstzuschreibung aufzulösen. Die Unterdrückung der Gruppe kann also nur dann beendet werden, wenn das Subjekt der Unterdrückung ein anderes ist. Mensch mag zu "Identitätspolitik" stehen wie mensch will. Der Musikjournalist Diedrich Diederichsen hat einmal gesagt: "Identität nenne ich von vorneherein schon ein Gewaltverhältnis" und ich möchte im da zustimmen. Doch bleibt per Fremdzuschreibung kollektiv unterdrückten Gruppen trotzdem das Recht der Fremdzuschreibung die eigene Identität entgegenzusetzen - allerdings immer unter der Prämisse, daß diese Identität Waffe und nicht Ziel ist.

Kommen nun aber Metropolenlinke an und entdecken ihre Vorliebe für Indianische Identität und Kultur werden die kämpfenden Gruppen im Trikont wieder auf die Fremdzuschreibung als "Identität", "Rasse" oder "Kultur" zurückgeworfen. Sie haben die Definitionsmöglichkeit über diese Begriffe nicht mehr länger selbst in der Hand. In den Augen ihrer vermeintlichen "GenossInnen" sind sie "die" Indianer - zwar mit positiven Attributen besetzt, aber eben ein Kultur, exotisch und anders. Durch Kleidung und Lebensweise versucht mensch auch selbst diese Identität anzunehmen. Dann ist es aber keine "Identität als Waffe" mehr, dann wird die "Kategorie Identität" zum Selbstläufer und die marginalisierten Gruppen bleiben weiter marginalisiert - fast wie von Natur aus seiend - verhaftet in Identität und Kultur, per Zuschreibung von anderen.

IX. Revolutionär und Popstar - Symbolik der Befreiung

Wichtiger Bestandteil der westlichen Solidaritätsbewegung war auch immer die Nutzbarmachung von "Revolutions-Symbolik" in ihrem Metropolenkampf. Ganze Straßenzüge waren mit DemonstrantInnen übersät, die wie eine heilige Ikone die Rote Fahne mit dem Konterfei Ernesto Guevaras vor sich hertrugen. Heute interessieren die lustigen Püppchen von maskierten Rebellen mehr, als die Texte der Zapatistas - handelt es sich gerade einmal nicht um einen politischen Aufsatz des charismatischen Subcommandante Marcos.

Auch Symbolik kann zur Waffe taugen. Sie gibt die Möglichkeit kurz und prägnant Inhalte und Richtungen darzustellen. Allerdings ist sie immer abhängig von der hegemonialen gesellschaftlichen Rezeption und auch von der subkulturellen Rezeption innerhalb von linken Kreisen und Szenen. Deshalb muß zur Symbolik auch immer entsprechender Inhalt gehören, damit sie sich nicht selbst entlehrt. Darum muß immer bedacht werden, daß Symbolische Politik immer auch eine mißverständliche Politik ist und darum müssen auch immer wieder Deutungskämpfe um gewisse Symboliken geführt werden. Allein die Tatsache einen tollen Rebellenführer zu haben darf für eine internationalistische Politik nicht ausreichen. Vielmehr gilt es auch hier die Idole zu dekonstruieren. Eine internationalistische Linke braucht keinen Christus und keine Heiligen, wer die will, kann in die Kirche gehen. Auch hier muß gelten: "Kill your Idols".

X. Es sieht aus, als sei die internationalistische Bewegung zerstört und unpolitisch. Ganz so ist es natürlich nicht. Aber es kommt darauf an, was wir nun mit ihr anfangen. Die Entwicklungen in Mexico und nun in Peru mit "Tupak Amaru" haben gezeigt, daß der Befreiungskampf als Option nicht zusammen mit dem real existierenden Sozialismus von der Bildfläche verschwunden ist. Die neuen Befreiungsbewegungen haben sich aber verändert. Sind vielleicht etwas postmoderner geworden. Die Frage ist, ob sich die Solidaritätsbewegung in den Metropolen auch verändert, vielleicht hin zu einem internationalistischen Anspruch, der sich nicht nur an den Befreiungsbewegungen der Welt orientiert, sondern eigene Internationalistische Konzepte entwirft. Der fragt, was gibt es für Anknüpfungspunkte im ehemaligen "Herzen der Bestie", in den Metropolen - Sozialklau und Umstrukturierung der Städte sprechen hier eine deutliche Sprache. Vielleicht gelingt es streitbarer zu werden und sich ernst zu nehmen. Vor allem die hier angeführten Punkte: Befreiungsnationalismus, Identität, Subsistenz, Kultur... bedürfen noch weiterer Überlegungen. Aber auch die Frage nach dem: "Was wollen wir?" darf wieder gestellt werden. Ist da die Marcosche Zivilgesellschaft wirklich eine begrüßenswerte Option?

Zumindest eins sollte vorbei sein, die langweilige: "Hoch-die-internationale-Kinderschokolade"-Rethorik. Dafür bleibt heute keine Zeit und kein Raum.

Tobias Ebbrecht hat diese Thesen anlässlich einer Veranstaltung zum Thema "Chiapas und die Linke" und Gründung der Mexiko-Gruppe im AZ, Wuppertal geschrieben. Dies ist eine überarbeitete Fassung.

[Seitenanfang](#)



Texte, Beiträge und Diskussionen zum Thema: Chiapas und die Linke

Die Vielseitigkeit des zapatistischen Kampfes

Einige Hypothesen

Der bewaffnete Aufstand des zapatistischen Heeres der nationalen Befreiung (EZLN) vom 1. Januar 1994 veränderte unabhängig von seiner zukünftigen Entwicklung die Auffassung der revolutionären Bewegungen, mit denen wir es seit mehr als hundert Jahren zutun hatten. Lateinamerika hat im 20. Jahrhundert sicherlich verschiedene dieser Bewegungen in seinem Schoß beherbergt. Die revolutionären Kämpfe und die Guerillakämpfe bilden einen Teil des politischen und kulturellen Erbes Lateinamerikas. Ohne Zweifel tragen sie dazu bei, die Wege, Möglichkeiten und Grenzen des sozialen Ausdrucks aufzuzeichnen. Jedoch die Art und Weise, wie sich diese Kämpfe entwickeln, und ihr frontaler Charakter, der in gewisser Weise ausschließend und wenig wandlungsfähig ist, entsprechen dem Moment oder der Modalität der kapitalistischen Organisation.

Die Kennzeichnung und die Einteilung der Produktionskräfte, unter welchen die Arbeit immer noch das schaffende, kreative Element ist, markieren objektiv den Ort und die Bedingungen des sozialen Kampfes, des Ausdrucks und der Forderungen. Ausgehend vom Arbeitsprozeß und von der allgemeinen Organisation des Prozesses der Kapitalanhäufung werden der Bereich, die Wandlungsfähigkeit und die Möglichkeiten sozialer Bewegungen bestimmt, und daher muß in dieser Richtung der *bürgerrechtliche* Charakter erklärt sein, den zeitgenössische, fordernde oder emanzipatorische Bewegungen aufnehmen.

Die Hypothese, die wir hier einer ersten Untersuchung unterwerfen, behauptet, daß die Zapatistenbewegung vom Ende dieses Jahrhunderts und ihre einzigartige Weise, die zivile *Bürgerrechtsbewegung* anzufordern, zu fördern und auf sie einzuwirken inmitten des emanzipatorischen

Projekts als Bezug die tiefen technischen und organisatorischen Veränderungen haben muß, die der Kapitalismus eingeführt hat. Aus dieser Sicht bildet die Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung im Prozeß der materiellen Reproduktion der Gesellschaft als grundlegender technologischer Kern einen Teil der *objektiven Bedingungen*, die das Zusammenfließen zweier weitgehend verschiedener sozialer Gruppen zugelassen haben, dessen gemeinsames Wesen ihr *bürgerrechtlicher* Charakter zu sein scheint.

Neue Definitionen im Prozeß der kapitalistischen Reproduktion

Der Prozeß der kapitalistischen Reproduktion stützt sich bekanntlich auf die Möglichkeit der ständigen Aneignung von Natur und menschlicher Arbeitskapazität mittels der Anwendung von Fähigkeiten, Kenntnissen und Wissen. In der gleichen Weise, in der sich die Objektivierung, die technischen Produktionskräfte entwickeln, gibt es immer mehr Möglichkeiten, die Natur zu verstehen und zu verändern; und es erweitert und vertieft sich der Bereich ihrer Vereinnahmung. Die enormen technischen Fortschritte lassen es heutzutage zu, vorher uneinnehmbare Felder zu durchdringen, Bereiche der Wertschöpfung und der Entwicklung von Produktivkräften zu bilden, zu bewerten oder neu zu entdecken, wie z.B. die, mit denen sich neue Möglichkeiten öffnen, sich in das genetische Universum der biologischen Vielfalt einzumischen. Diese neuen Wege und die neuen Arten, sie zu durchdringen, bedürfen tiefgreifender sozialer Anpassungen, die von Veränderungen in der Qualität der menschlichen Reproduktion bis zur Anpassung der Art des Gedankenprozesses, die durch eine allgemeine Computerisierung angetrieben wird, reichen und über qualitative und quantitative Anpassungen des internationalen Reserveheers führen.

a) Sphären der kapitalistischen Vereinnahmung

Die letzten Jahrzehnte waren charakterisiert durch tiefgreifende technische und soziale Veränderungen in allen Bereichen der Produktion und kapitalistischen Organisation - begünstigt durch die elektronische Datenverarbeitung. Den Produktionsprozessen gelang es, sich aufzutrennen, sich voneinander zu unterscheiden und so flexibel wie etwas Kleines zu handeln, jedoch die Vorteile des Großen beizubehalten. Die Technik der elektronischen Datenverarbeitung macht eine harmonische Verbindung von aufgetrennten Prozessen, die Artikulation der Produktion und des Marktes mit Hilfe von punktueller Kontrolle des Inventars, den Kreislauf des Kapitals mit Hilfe von Datenverarbeitungssymbolen, die Verschiebung des Produktionsprozesses mit einem einfachen Austausch von Daten und zusammengefaßt die Erweiterung der kapitalistischen Überwachung über den Prozeß der Produktion und der Reproduktion sowie des erzeugten Wohlstands möglich.

In der Tat beinhaltet die Elektrotechnik technische Möglichkeiten mit weitem Spektrum. Sie findet Anwendung in so verschiedenen Bereichen wie der Bearbeitung komplizierter mathematischer Prozesse, dem räumlichen Entwurf eines Autos, der Überwachung des Inventars eines Geschäfts oder bei finanziellen Transaktionen einer Bank. Die Elektrotechnik hat weltweite Informationskreisläufe installiert, die die Bewegung des Kapitals beschleunigen, seine Zirkulationszeit herabsetzen und die Möglichkeit geschaffen haben, der Arbeiterklasse von neuen Stützpunkten aus zu begegnen, die einem Produktionsprozeß entsprechen, der sich Sphären bedient, die vorher außerhalb lagen. So vervollständigt die Elektrotechnik mit diesen Kreisläufen die Produktionswelt. Tätigkeiten wie Design, Verwaltung, Kontrolle von Inventar und Markt, usw. sind somit dem direkten Produktionsprozeß unterworfen worden.

Diese Diversifizierung stellt auf ihre Weise eine Bewegung her, die dem Profil der Arbeiterklasse entspricht.

b) Diversifizierung des Proletariats und des internationalen Heers der Reserve

Auf der Seite der Arbeiterklasse tauchen zwei Arten von Bewegungen als Ergebnis der neuen Organisation der Produktion auf.

1.) Die Internationalisierung des Kapitals hat einen bedeutenden Sprung in der weltweiten Einteilung aller Bereiche mit sich gebracht. Sie begünstigt ein Weltbürgertum oder ein Bewußtsein über die persönliche

Lage in bezug auf ein imaginäres Kommun, das heute weltweit ist. Die technische Homogenisierung der Produktion, die es zuläßt, Waren in aller Welt zu produzieren, ausgehend von verschiedenen Prozessen, die durchgesetzt wurden, läßt genauso die freiere Einbindung von Arbeitskräften zu und überläßt ihr mehr Beweglichkeit. Dadurch wird der Zustand des regionalen Proletariats gefestigt und seine Basis weltweit gestärkt. Jedoch trotz der Einführung eines allgemeinen technologischen Musters trägt die Tendenz zur Homogenisierung der Konsummuster (Verhaltensmuster) dazu bei, die Vielseitigkeit der Arbeitskräfte oder anders ausgedrückt auch ihre Ersetzbarkeit zu erhöhen. Die Internationalisierung des Kapitals hat als eine seiner grundlegenden Ursachen die Ausnutzung von historischen und kulturellen Unterschieden, die eine Vielfalt von Gebräuchen, Fähigkeiten und Lohnniveaus, um nur einige der wichtigsten zu nennen, mit sich bringen.

Widersprüchlicherweise bedient sich das Kapital, das die Homogenisierung verursacht, der Heterogenität. Die Diskrepanz zwischen verschiedenen kulturellen Gruppen inmitten der Arbeiterklasse läßt es nicht nur zu, einen viel vielfältigeren und fähigeren Kollektivarbeiter zu haben, sondern ermöglicht auch, die Atomisierung und den Wettbewerb beizubehalten, die die Arbeitskräfte verbilligen und demobilisieren. Zusammengefaßt bildet die weltweite Einführung desselben Technologiemusters und der weltweite Ausdruck des Akkumulationprozesses die materielle Basis, um einen kollektiven Arbeiter zu schaffen, der anpassungsfähig, beweglich und cosmopolitan ist. Aber die Notwendigkeit der Wertschaffung und der eigene gezeigte Widerstand durch das proletarische Subjekt verstärken die verschiedenen kulturellen Identitäten.

2.) Wenn man von Arbeiterklasse spricht, ist es jedoch notwendig, einen Unterschied zu ihrer traditionellen Bedeutung zu machen. Die Arbeiterklasse mußte genauso komplexer werden wie die materiellen Bedingungen der Produktion, so wie sie heute in Bereichen auftritt, die man am besten durch ihre Unterschiede kennzeichnen kann. Durch die Computerisierung hat der Prozeß der Aneignung begonnen, der sich nicht mehr nur auf die Zeiten oder physischen Bewegungen des Arbeiters beschränkt, sondern ausdehnt auf die Art der Denkprozesse mit Hilfe seiner Vereinfachung in vorbestimmte Wege und Möglichkeiten. Der intellektuelle Arbeiter, der in diesem Prozeß eingelagert ist, stimmt mit einer sozialen Schicht überein, die auf komplizierte Weise Lebensdynamiken mit dem traditionellen Fabrikarbeiter teilt. Die gewaltige Verschiedenheit der Aufgaben und der Ausdruck des Verbindungsniveaus führen zu einer Arbeiterklasse (die nur ihre Arbeitskraft besitzt), deren Hauptcharakterisierung nicht mehr der Overall oder die Schmiere an den Händen ist. Die Gemeinschaft der Arbeiter, die dem Diktat des Kapitals in dieser neuen Entwicklungsphase unterworfen sind, ist fast so vielseitig wie die Gesellschaft selbst, in dem Maße, daß viele Tätigkeiten, die vorher außerhalb oder abgezweigt vom Produktionsprozeß lagen, es jetzt geschafft haben, sich in denselbigen zu integrieren.

2.) Neue Definitionen im Prozeß der gesellschaftlichen Emanzipation

Die Notwendigkeit neuer sozialer Ausdrucksformen bildet einen Teil der Schaffung eines modernen proletarischen Subjekts und behält eine enge Beziehung mit seiner eigenen internen Vielfalt bei. Die traditionellen Kanäle des sozialen Klassenausdrucks wurden nicht nur mit der Umstrukturierung der Kapitalismus weitgehend zerstört, sondern erweisen sich heutzutage als ungenügend und unfähig, der bestehenden strukturellen, geschweige denn der kulturellen Komplexität Gestalt zu geben. Die Strenge der traditionellen Arbeiterorganisationen und die Vernichtung der Arbeiterkämpfe haben ihre eigene Bedeutungslosigkeit und die vermehrte Bildung alternativer, wenngleich auch sicherlich formloser Instanzen hervorgerufen. In der Weise, in der die Konzentration des Kapitals und seine Vorherrschaft über die nicht kapitalistischen Bereiche fortschreitet, führt auch der Entzug oder der Ausschluß breiter sozialer Schichten von den Entscheidungen der Macht zu der Notwendigkeit über unterschiedliche Wege, seine *bürgerrechtlichen* Rechte einzufordern. Jene, die von vielen für die *neuen sozialen Subjekte* gehalten wurden, sind in Wirklichkeit Ausdruck der *neuen Vielseitigkeit des Subjekts*, das mit dem vorherigen viel präziser und greifbarer den Entzug seiner Möglichkeiten, soziale Entscheidungen zu treffen, und die Notwendigkeit, sich in ein wirkliches Subjekt der Geschichte zu *entwickeln*, - um seine Emanzipation zu erreichen, - gemeinsam hat.

Tatsächlich haben wir in den letzten Jahren eine Verschiebung der Basis sozialer Organisation von der Produktion in Richtung der Reproduktion, und daher Forderungen über *Bürgerrechte*, Zugehörigkeit zur

Nation und der Gleichheit der Rechte vielmehr als die der Klasse selbst beobachten können. Einerseits scheint das an der Ausdehnung *des Produktionsprozesses* bis in den Wohnraum und andererseits an der gewaltigen Sozialisierung /Ausgrenzung, durch die sie gestützt wird, zu liegen. Aber genauso gut müßte man bemerken, daß die Fabriken sich ausgedehnt haben. Sie sind verschwommener geworden oder haben in ihrem Einflußbereich die Fabriken verlassen und die Straße besetzt, indem sie die Art und den Inhalt des Konsums durchdringen oder die Erneuerung und, generell gesagt, die Reproduktion der Arbeitskräfte, die sich in allen sozialen Lebensbereiche ausdehnt, zu bestimmen versuchen.

Diese diffuse Erweiterung der kapitalistischen Wertschöpfung und Herrschaft, die in sehr signifikanter Weise das Privatleben durchdringt, ruft eine Verschiebung der Bereiche der Unterordnung hervor: Es wird notwendig, sich gegen die Formen und Inhalte des Unterhaltungssektors aufzulehnen, genauso wie gegen die umgewandelte Ernährung in "*gefüllte Energie*" oder "*fast food*" oder gegen den Inhaltsentzug der Arbeit, der die Kreativität tötet und exzessiv den Körper verschwendet, vorzugehen. Unter all diesen Bereichen sind die Verbindungen zwischen der Reproduktion und dem täglichen Leben die effektivsten oder unmittelbarsten. Aus diesem Grund haben soziale Mobilisierungen als Räume die Ansiedlungen, das Genre, den Beruf und die Gruppenidentität um ähnliche Konsummuster herum gewählt.

Der Konflikt zwischen den Klassen und vor allem seine *Fabrikversion* scheint vor allem zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe zu gehören und zeigt nicht so deutlich seine Verbindung zu dem Rest, diese Frage hat dazu geführt, die Veralterung des Klassenkampfes für die zeitgenössische Welt zu erkennen, ohne die neuen Bedingungen und Bereiche der Wertschöpfung des Kapitals und der sich daraus ergebenden kapitalistischen Ausbeutung zu analysieren.

3.) Der bürgerrechtliche Ausbruch in Mexiko

Die Erfahrung des Kolonialismus in Mexiko (und in ganzen Dritten Welt) hat ein Bewußtsein der Unterordnung geschaffen, das auch mit der Unabhängigkeitsbewegung nicht genommen werden konnte. Die Verfassung der mexikanischen Nation wurde in Wirklichkeit nur von der Politikerklasse oder von den herrschenden Kreolen aufgenommen, und der Rest der Bevölkerung blieb verschieden stark den Machtstrukturen unterworfen. Der Rassismus, bürgerlich in der Kolonialzeit ausgebildet, hielt sich als Mechanismus zur sozialer Ordnung und verhinderte, daß die Mehrheit der Bevölkerung sich in *Bürger* verwandelte. Die Nation gehörte der herrschenden Klasse.

Mit einigen Änderungen, hielt sich dieses Bewußtsein bis 1968, wenngleich es auch durch die Revolution von 1910 und durch die Verstaatlichung des Öls von 1938 abnahm. Die Studentenbewegung von 68 ist die erste wirklich *bürgerrechtliche* Bewegung, die eine Beteiligung am nationalen Projekt fordert und, wenngleich auch nicht immer explizit, eine alternative soziale Organisation und Möglichkeiten der Selbstverwaltung vorschlägt. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes fordert die Gesellschaft eigene Räume ohne Einmischung der Regierung, um sich selbst zu verwalten.

Die Bewegung mußte sich nach dem Massaker vom 2. Oktober auflösen. Ihre Bedeutung war eher in sozialer Rebellion entworfen, als in einer explizit markierten Zielrichtung der Forderungen, und daher hatte sie auch nicht die Möglichkeiten, sich als organisierte Bewegung zu halten, sondern eher als Einstellung zur Rückeroberung sozialer Räume. Die 68er, wie man nicht vergessen darf, kündigten den Beginn in der kapitalistischen Umstrukturierung an, die die letzten 25 Jahre andauerte. Mit ihr reifte auch dieses neue Selbstbewußtsein der Gesellschaft heran, das sich offensichtlich ab dem 1. Januar 1994 auszudrücken begann.

4.) Soziale Bürgerrechte und freier Handel

Übereinstimmend mit allen Normen sozialen Verhaltens, die sich bis heute gefestigt haben, war ein bewaffneter Aufstand das Geständnis der Gesellschaft oder eines Teils von ihr seiner fehlenden Möglichkeiten, seine sozialen Rechte auszuüben. Lateinamerika, eingebunden in die weltweite Ökonomie als einer ihrer Pole, stand *historisch gesehen* seinen Widersprüchen immer scharf und gewalttätig gegenüber. Die Verarmung Lateinamerikas ist nicht relativ, sondern absolut, es ist die Grenze der menschliche Ausbeutung, und in Zeiten der Krise oder Angleichung des Weltmarktes wandelt

Lateinamerika sich in den Ort der Sanierung oder des Abschneidens des internationalen Heers der Reserve, genauso wie generell die Dritten Welt. Das Elend Lateinamerikas bildet einen Teil des Reichtums der Ersten Welt, im besonderen den der USA. In der kapitalistischen Gesellschaft, die von Natur aus polarisiert und gegensätzlich ist, kann es keinen Reichtum ohne Elend geben, sie sind wechselseitig.

Die so enge Gliederung der lateinamerikanischen Region mit dem Angelsächsischen ist genau die grundlegende Basis, durch die sich die Modernisierung des Kapitals und die Hegemonie der USA vollzieht. Die politische Unflexibilität und die soziale Autorität, die Regime des sozialen Elends aufrechterhalten wollen, haben die Gesellschaft Lateinamerikas gezwungen, *bürgerrechtlich* zu werden. Sozusagen genauso wie im Bereich der Ökonomie sich die Modernität in der Widersprüchlichkeit ausdrückt, indem sie auf der einen Seite Reichtum und auf der andern Seite Armut konzentriert, so entsprechen im sozialen und politischen Bereich die *weite_Verbürgerrechtlichung* der entwickelten Nationen in der Dritten Welt der Begrenzung oder Behinderung dieses Prozesses.

Diese extreme Polarisierung und die Verengung der Bereiche *bürgerrechtlicher* Beteiligung haben in Lateinamerika die radikalen Kämpfe und bewaffneten Aufstände begünstigt. Während der Phase, die als Fordismus bekannt ist, wurden fast alle Länder Lateinamerikas in einige solcher Bewegungen verwickelt, meistens unter der Modalität einer Guerilla oder in seinem Gegenteil, einer Militärdiktatur. Diese Bewegungen sind immer aus den mangelnden Möglichkeiten der Gesellschaft, die sie beherbergte, *Bürgerrechte* auszuüben, durch die übermäßigen sozialen Spannungen und durch die gefährliche Nähe der Einkommen mit der biologischen Grenze der menschlichen Reproduktion oder auch gelegentlich durch deren Überschreitung entstanden. Oft heroisiert, aber nur selten erfolgreich waren diese Bewegungen Ausdruck einer von Grund auf antagonistischen Gesellschaft, die weder Komplexität noch Vermittlung zuließ und die konsequenterweise frontale Bewegungen begünstigte.

Ohne hier ihre historische Herkunft zu diskutieren, lassen wir gesagt sein, daß die Mehrheit dieser Bewegungen vernichtet wurden, um einer grundlegenden kapitalistischen Umstrukturierung den Weg zu bahnen, nachdem der Fordismus Anzeichen der Erschöpfung zeigte. Der Guerillakampf in Mexiko endete vor 1980 und hatte es nie erreicht, zu Arbeiterorganisationen oder populären zivilen Kämpfen Brücken zu schlagen, so daß keine alternativen Wege entworfen wurden. Die beiden letzten Jahrzehnte lassen sich am besten durch eine Deaktivierung des populären Kampfes und durch starke Angriffe in den Arbeitssektor, durch massive und systematische Entlassungen der etablierten Arbeiter, und die allmähliche Konvertierung der Restlichen in mögliche Entlassungen charakterisieren. Die Ökonomie wurde zu dem Zeitpunkt unzuverlässig, als die Arbeiterklasse zerstäubt und einem mühseligem Kampf ums Überleben unterworfen war.

Unter diesen Umständen fingen die Forderungen der Klasse langsam an, sich in zivile Forderungen anderer Art umzuwandeln. Die Arbeiterbewegung stieß permanent auf die mangelnde Kenntnisnahme von Streiks oder auf nationale (Lohn)Steuern, die, um sie zurückzuweisen, einer generellen Artikulation des Arbeitssektors bedurften, eine Sache, die unter dem Hintergrund der Atomisierung Neoliberalismus unmöglich war. Der Verlauf der kapitalistischen Neuordnung legte diesem Sektor eine Wehrlosigkeit auf, in der jegliche Proteste durch Entlassungen oder Fabrikschließungen gelöst werden konnten, und somit blieb die Festlegung der Arbeitsbedingungen in den Händen des Kapitals.

Das Freihandelsabkommen von Nordamerika (NAFTA) war durch die Situation, in der gehandelt wurde, und durch die Implizierung, sich über nationale Rekurse von der Souveränität zu verabschieden, das erste zündende Element. Die Verhandlungen fanden hinter komplett verschlossenen Türen statt, wo nur einige Regierungsfunktionäre und eine ausgewählte Gruppe von Unternehmern teilnehmen konnten. Es wurde gegen eine große Mehrheit die Zukunft der Bevölkerung aufs Spiel gesetzt. Die Intellektuellen und Studierten der nationalen und internationalen Wirklichkeit wurden nicht nur nicht gefragt, sondern ihre Meinungen verachtet. Ein großer Bereich der kleinen und mittleren Privatunternehmer, die schon durch die Krise genug geschädigt waren, verloren mit dem Vertrag die wenigen Möglichkeiten, die ihnen zum Überleben geblieben waren, und das Volk blieb natürlich anstelle einer Verbesserung seiner heiklen Lebensumstände unbeteiligt an der tiefsten Umordnung der Produktionsstätten.

Aber auf dem Land, in dem der größte Teil unserer Bevölkerung lebt, und der Zufluchtsort der Arbeitslosigkeit und des städtischen Überexports ist, wurden die Menschen, durch die Privatisierung, die den Landraub begünstigt, die Unordnung der Produktionsgemeinschaften und Genossenschaften und die Verabschiedung der letzten Vorkommen zum Überleben von einem Gutteil der 40 Millionen Armen, die die UNO ausgemacht hat, auf Leben und Tod bestraft.

Nach der Vernichtung der radikalen Bewegungen Ende der 80er Jahre kanalisierte sich die organisierte soziale Unzufriedenheit in großem Ausmaße über den parteilichen Kampf. Dieses markierte den Anfang des Prozesses der Bildung einer gewissen *bürgerrechtlichen* Politik in diesem Land, die fortgeschritten ist und Bereiche geöffnet hat, sich jedoch auf Forderungen parteilich (parlamentarischen) Charakters beschränkt hat und somit in ihrer Aussicht beschränkt war.

Ohne sich ganz von den Parteien lösen zu wollen, verlaufen die sozialen Forderungen jedoch über andere Wege. Die NAFTA gab ihnen Zusammenhang und nationalen Charakter, als sich die ersten aus der durch den Neoliberalismus entstandenen Lähmung in Richtung seiner Ablehnung organisierte. Wenngleich die offenen Klassenkonflikte an Ausdrucksraum verloren haben, so hat die drohende Oberherrschaft ihnen eine neue Bildfläche zum Ausdruck geboten, auf der sie in anderer Form zurückgekehrt sind: die *Bürgerrechtler* in Verteidigung heimatlicher Werte und der nationalen strategischen Mittel.

Auf diese Weise, obgleich als Antwort auf das Phänomen der steigenden Proletarisierung und daher mit tiefen klassizistischen Wurzeln, sind die sozialen Bewegungen der letzten Jahrzehnte unter dem Schild des Nationalismus und als direkte Antwort auf die neuen Bedingungen der weltweiten kapitalistischen Integration aufgetaucht. Diese Verschiebung der Sichtweisen bedarf vor allem der *bürgerrechtlichen* Forderungen als Basis der Teilnahme am Entwurf und an den Entscheidungen des nationalen Projekts; jedoch nicht als besonderen Freiraum der bekannten politischen Organisationen, sondern als kollektive Angelegenheit in Zuständigkeit der Gesellschaft und nicht nur des gewöhnlichen Teils ihrer Repräsentanten.

5.) Soziale Bürgerrechte und bewaffnete Bewegungen

Bis zum 1. Januar 1994 haben sich die bewaffneten Bewegungen Lateinamerikas gegen den Imperialismus und für eine Gesellschaft ohne Klassen genauso wie für den Sozialismus erhoben. Aber niemals haben sie explizit einen Kampf für die Heimat vorgeschlagen. Die Heimat verwandelte sich in ein leeres Konzept, das inhaltsentblößt war und nur aus dem bestand, was *der* offiziellen Diskurse zuließen. Die Modernität, die mit dem Neoliberalismus in unser Land kam, und das Freihandelsabkommen gaben genauso veraltet die Konzepte der Souveränität, nationaler Identität und der Nation wieder.

Das zapatistische Heer der nationalen Befreiung (EZLN) hat in seinem ersten Kommuniqué aus dem lacandonischen Urwald erklärt, "...wir sind die Erben der wahren Schmiede unserer Nationalität..." und unter den ersten Aufgaben der militärischen Kräfte des EZLN steht "die Ausbeutung unseres natürlichen Reichtums in den vom EZLN kontrollierten Gebieten zu stoppen." Schon aus seinem Namen wird die Bedeutung ersichtlich, daß es sich um ein *Heer der Bürgerrechtler* handelt, die sich in Waffen gegen die Vaterlandsverkäufer erhoben haben, und daß sie die Zurückgewinnung der Nation beabsichtigen.

Die zentralen Ziele dieser Bewegung haben es geschafft, die lokalen und globalen Problematiken der kapitalistischen Akkumulation harmonisch zu verbinden. Sie haben sich gegen das Freihandelsabkommen erhoben, gegen die Diktatur der Staatspartei, gegen den Rassismus und das willkürliche Regime, oder anders gesagt, ihre Forderungen beziehen sich auf die wilde Globalisierung, die die Bevölkerung und die natürlichen Mittel Lateinamerikas isolieren, sowie auf die Übergaben der Souveränität an einen Teil der oligarischen Halbparasiten und auf die Rückgewinnung und soziale Bewertung einer nationalen Identität (*Bürgerrechte?*), die fähig ist, einen großen Teil der zivilen Gesellschaft anzusprechen und zu mobilisieren.

Wenn schon diese Absicht, die mit der *Nation* und *Heimat* beginnt, das EZLN von allen vorangegangenen bewaffneten Bewegungen und auch von der Mehrheit der zivilen linken Organisationen unterscheidet, so

befreit ihr *offener* Charakter, der aus ihrer überwiegend indigenen und bäuerlichen Zusammensetzung herrührt, es von den sektiererischen und dogmatischem Ausschluß, der all die verachtet, die nicht ihre Zugehörigkeit zu Proletariat nachweisen können -im unmittelbarsten und härtesten Sinne des Ausdrucks. Kein Arbeiter zu sein und die Heimat nicht abzulehnen im Willen dessen, wie sich das internationale Proletariat verstand, waren zwei Ausschlußkriterien, die den Zusammenfluß der verschiedenen sozialen Kräfte während einiger Zeit verhinderten.

Vor allem zu einer Zeit, zu der die technischen Bedingungen geschaffen wurden, die eine weitere und tiefere Kontrolle über den generellen Prozeß der Wertschöpfung zuließen, hat sich die Nation genauso wie die Kultur und die historische Identität in einen Ort des Widerstandes und der Nichtunterordnung verwandelt. Die Handlungsräume der herrschenden Klassen sind der Staat und der Markt, die der beherrschten Klasse sind die Nation und die Heimat, genauso wie es in dem zapatistischen Diskursen auftaucht.

Zusammen mit dem vorhergegangenen war eine andere Tatsache, die von Anfang an überraschte und die Beteiligung der Gesellschaft hervorrief, die, daß diese Bewegung bewaffnet war, um niemals wieder die Notwendigkeit zu haben, es zu sein, wie ihr Sprecher vor der nationalen demokratischen Konvention erklärt: "Kämpft und besiegt uns. Niemals kann eine Niederlage so süß sein, wie wenn der friedliche Übergang zur Demokratie, die Würde und die Gerechtigkeit die Sieger seien."

Es handelt sich um eine bewaffnete Bewegung, die nicht die Machtergreifung beabsichtigt, sondern die Errichtung eines kollektiven Raumes zur Selbstverwaltung und zur Demokratie, die vielleicht nach der langen und traurigen Geschichte der Rassendiskriminierung, der ihre Beteiligten unterworfen waren, Teil der Anerkennung der Unterschiede und Vielfalt ist; nicht aus dem Chaos, sondern aus der Unterschiedlichkeit einer ausgedrückten Gesamtheit, jedoch einer gegensätzlichen heraus. Toleranz und wirkliche Demokratie, sind zwei Aspekte, die sich nicht mit militärischer? Disziplin verbinden zu lassen scheinen, die für eine bewaffnete Gruppe Voraussetzung ist.

Vom ersten Moment an, als die erschrockene Gesellschaft das Auftauchen ihrer inneren Stimme in Waffen vernahm, aber lange bevor sie eine Hoffnung für all die Aufgegebenen der Unterentwicklung und des Neoliberalismus darstellten, haben sich die Zapatisten lediglich wie ein weiterer Weg in Richtung wirklicher Demokratieausübung gezeigt. Indem sie zeitgenössische Verzweigung oder Zerstreuung übernahmen, die wie gesagt Produkte der Komplexisierung der Produktionsprozesse und durch die dem Neoliberalismus eigene Atomisierung sind, und indem sie jeden einzelnen der Sektoren oder sozialen Gruppen, in denen sich der Prozeß der übermäßigen Wertschöpfung ausdrückt, ansprachen, tauchten die Zapatisten mit einem nationalen Projekt auf, jedoch indem sie zur Beteiligung anderer Kräfte aufriefen, die zu repräsentieren sie nicht in der Lage waren. Unser Kampf ist eine von vielen Arten zu kämpfen - sagen sie - wir repräsentieren nur einen Teil der Nichtunterordnung, aber es ist notwendig, daß die ganze Gesellschaft, mit ihren eigenen Mitteln und ihren eigenen Grenzen und Räumen, mit ihren eigenen Forderungen den Kampf entfacht, gegen die schlechte Regierung, für die Verteidigung der Gegensätze und der Verfassung für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit: "*Laßt uns nicht allein.*"

Diese innere Stimme, die ein allgemeines Gefühl auszudrücken wußte, war auch dazu fähig, Verschiedenheit zu respektieren und zu verstehen, aber vor allem eine Möglichkeit zu entwickeln, direkte Demokratie auszuüben angesichts der Krise der Repräsentativität. Die Zapatisten zeigen, indem sie sich organisieren und für elementare Rechte kämpfen mußten, augenscheinlich die Wirkungslosigkeit und Mangelhaftigkeit des Repräsentationssystems. Durch das Reden von ihnen und durch sie, durch den vorgeschlagenen Dialog mit denen "ohne Gesicht" bekennen sie sich zu einer Zivilgesellschaft, - und nicht zu ihren angeblichen Repräsentanten - und zu ihrem eigenem Ausdrucksraum und tragen so dazu bei, der Unlegitimität sozialer und politischer Repräsentation zu begegnen zu einer Zeit, in der sich große Kontingente der Bevölkerung mobilisieren, die bis jetzt die Gründe für eine Rebellion nicht gefunden hatten oder nicht gedacht haben, daß ihre eigenen Probleme zu einer allgemeinen Rebellion beitragen könnten.

Die Ziele des zapatistischer Kampfes verbinden die großen Wünsche nach Demokratie, die von einem Großteil der Weltbevölkerung geteilt werden, mit einer Serie von Forderungen, die zweifellos sozialen

Charakteren sind und sich auf elementare Rechte wie Wohnung, Bildung, Gesundheit und Ernährung beziehen und auf die niemand verzichten kann und denen jeder zustimmen muß. Der Anstieg der Armutindikatoren während der letzten 20 Jahre hat die Bevölkerung vor die Gefahr gestellt, diese fundamentalen Rechte zu verlieren oder niemals zu bekommen, und es rechtfertigt weitgehend den bewaffneten Aufstand vor der Gesellschaft. Eine große Anzahl von Unterstützungserklärungen, Solidaritätserklärungen oder Anhängerschaftserklärungen gegenüber der zapatistischen Bewegung, die aus sehr verschiedenen Bereichen kommen zeigen an, daß auch wenn sie die Methoden nicht teilen, - konkret den bewaffneten Kampf, - so teilen sie jedoch zweifellos die Gründe und die Forderungen.

6.) Einige Schlußfolgerungen

Die soziale Mobilisierung, die sich mit dem Zapatistenaufstand gelöst hat, war einzigartig in ihrer Spannweite, aber auch ungewöhnlich durch ihren Zusammenfluß an Handlungspersonen und Ausdrucksformen, die bis vor kurzem noch unvereinbar schienen. Es ist notwendig, die Gründe des Zusammenfließens zu untersuchen, um seine *Fortdauer*, *Solidität* und seine *Perspektiven* bewerten zu können. Wenn dieser Zusammenfluß grundsätzlich auf einer Problematik, die im politischen Bereich liegt, beruht, wäre von einer zerbrechlichen, aber relativ festen Aktivität oder von einer mehr den konjunkturellen Schwankungen der politischen Beziehungen und Dynamiken unterworfenen auszugehen. Wenn er im Gegenteil vordringlich auf einer strukturellen Problematik beruht, gäbe ihm dies eine bessere Stabilität und weitere und endgültigere Perspektiven, aber es ließen sich nicht von selbst die Kräfte oder Gemüter verstehen, mit denen die zapatistischen Rufe oder Vorschläge entfacht wurden.

Die Linien der Arbeit müssen den sozialen Reichtum im Ganzen gesehen aufnehmen, und sie müssen daran appellieren, sie an eine multikausale, multidisziplinäre Analyse zu koppeln, indem sich das Politische, das Kulturelle, das Geschichtliche und das Strukturelle in gegliederter Weise verbindet, um das Phänomen zu reproduzieren. Viele Wißbegierige haben begonnen, Interpretationen und Reflexionen über dieses Thema zu entwickeln, alle waren sie verschieden und bereichernd. Es haben sich jedoch nur wenige mit der Beziehung zwischen dem generellen Prozeß der Umstrukturierung des Kapitals oder des kapitalistischen Systems und der zapatistischen Bewegung beschäftigt. Wenige haben ihre Beziehung mit dem Arbeitsprozeß und von da aus mit dem Rest der Lohnabhängigen oder, wenn man so will, mit der Arbeiterklasse ausgearbeitet. Bis wohin ist die zapatistische Bewegung der *moderne* Ausdruck der Klassenkampfes und welche Bedeutung haben die Klassen in dieser neuen Etappe der kapitalistischen Entwicklung? Das sind einige Fragen, die beantwortet werden müssen, zum Verständnis des Ausmaßes und der Universalität der Vorschläge dieser Indigener, die sich anscheinend vom Geschehen unserer Gesellschaft unterscheiden.

Die Zapatistenbewegung ist nicht eine vieler Bewegungen, die unbedeutend bei der Analyse des sozialen Entwicklungsprozesses sind. Durch ihren Charakter, durch ihre Methoden, durch ihre Bescheidenheit und Anerkennung des Anderen, durch ihr Auftreten im Extremen, *in der letzten Ecke der Heimat*, und dadurch, daß sie an *alte Werte* appelliert, wie die Verteidigung der Heimat, der nationalen Identität, dem Recht auf eine eigene Kultur und darauf angesehener Bürgerrechtsträger zu sein und deshalb dem Recht auf Essen, Kleidung, Bildung und dem, mit dem elementaren Normen der Menschlichkeit konform zu leben, durch die Synthese des Universellen und des Besonderen, dadurch ein Teil einer Minderheit zu sein, wie die gesamte Weltbevölkerung, dadurch ein Weltkonzept zu erarbeiten, das auf die Vergangenheit zurückgreift als Erfahrungswert und Wurzel zur Konstruktion einer anderen Zukunft, durch all diese und noch mehr Gründe markiert die Zapatistenbewegung einen Grenzstein in der zeitgenössischen Geschichte und eine wirkliche Grenze für den Entwicklungsprozeß der kapitalistischen Aneignung.

In diesem Maße muß der Zapatismus auch als Grenze oder Unmöglichkeit des Prozesses der Wertschöpfung, aber auch der sozialen und politischen Beherrschung untersucht werden. Die Krise des mexikanischen Herrschaftssystems und die Entwicklung alternativer Strategien der sozialen Selbstverwaltung ist in großem Maße Produkt des Zapatistenaufstandes. Das *"Ya basta!"*, das angefangen hat, in alle Bereichen der Gesellschaftsdefinitionen einzuwandern, ist gleichzeitig Produkt und Tribut an die Zapatistenbewegung in früheren und alltäglichen Kämpfen und Erfahrungen.

Eine der größten Stärken des Zapatismus, die seinen *modernen* Charakter bekräftigen, ist seine Fähigkeit aus dem Alltäglichen das Bedeutungsvolle zu machen und somit die Unterschiede zwischen Rassen, Nationalitäten, Religionen usw. zu beseitigen, um das auftauchen zu lassen, was die Mehrheit der Menschen charakterisiert: die Möglichkeit, uns als Subjekt zu reproduzieren, die Möglichkeit, mit all unseren Fähigkeiten existieren zu können; die Aufständigkeit, die Nichtunterordnung und die Kreativität, die uns vom Rest der Lebewesen unterscheidet.

Ana Ester Cecena

[Seitenanfang](#)



Texte, Beiträge und Diskussionen zum Thema: Chiapas und die Linke

Marsmenschen

Die zapatistische Bewegung steht noch ganz am Anfang

Was bisher geschah: Im Januar 1996 rief Subcomandante Marcos von der zapatistischen Befreiungsbewegung EZLN dazu auf, im Sommer 1996 ein "Intergalaktisches Treffen" in Chiapas, Mexiko, durchzuführen. Dazu sollten auf den verschiedenen Kontinenten Vorbereitungstreffen tagen. Im Juni 1996 versammelten sich rund 1200 Menschen in Berlin, von Ende Juli bis Anfang August fand in Chiapas das Erste *Encuentro* für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus statt. Dieses Jahr ist ein Zweites Interkontinentales *Encuentro* in Spanien geplant, wiederum von Ende Juli bis Anfang August.

"Ich fühle mich hier wie ein Marsmensch, der soeben auf dem Planeten Erde gelandet ist", meinte ein Teilnehmer des Europäischen Vorbereitungstreffens gegen den Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft über Ostern 1997 in Prag. Die tschechische Hauptstadt war gewählt worden, um OsteuropäerInnen die Teilnahme zu erleichtern, leider aber waren kaum solche anwesend. Über 120 Delegierte nahmen in Prag teil, vorwiegend aus Westeuropa. Die meisten sind in Lateinamerika- und Mexiko-Solidaritätsgruppen aktiv. Sie bereiteten in Prag das zweite Interkontinentale Treffen in Spanien vor, zu dem Ende Juli bis Anfang August 1997 über 4000 Menschen erwartet werden. In Prag wurden vorwiegend organisatorische Fragen geklärt, für Inhaltliches bestand kaum Platz. Die westeuropäischen Soli-Gruppen werden in den nächsten Monaten vor allem mit Geldsammeln beschäftigt sein, für Infrastruktur und Reisekostenfond.

Das zweite Interkontinentale Treffen in Spanien

Ziel des zweiten Interkontinentalen Treffens im spanischen Staat soll der Aufbau eines weltweiten Netzwerks der lokalen Kämpfe sein. Die Geschlechterfrage soll überall thematisiert, aber voraussichtlich auch in einer eigenen Arbeitsgruppe von Frauen behandelt werden. Die weiteren Arbeitsgruppen des zweiten *Encuentro* im spanischen Staat werden sich unter anderem mit Globalisierung, Alternativen jenseits von Ökonomie, mit Kultur und Medien, Ökologie, Landkämpfen sowie Ausgrenzungs- und Unterdrückungsformen befassen.

Der geplante Aufbau eines Netzwerkes gegen den Neoliberalismus war wichtiger als bei den bisherigen Treffen. Beim ersten Europäischen Treffen in Berlin 1996 und beim ersten Interkontinentalen *Encuentro* in Mexiko im Sommer 1996 stand die Situation in Chiapas selbst stärker im Vordergrund. Beim letzten

Delegiertentreffen in Zürich Ende 1996 hingen noch Poster des Subcomandante Marcos an der Wand, in Prag lagen die T-Shirts mit EZLN-Aufdruck unbeachtet in der Ecke.

Was hat Chiapas mit uns zu tun?

Die Zapatistas wollen auch möglichst viele Gruppen außerhalb der Mexiko-Solidarität ansprechen und zum *Encuentro* im Sommer 1997 einladen.

Um weitere Gruppen anzusprechen, wird es außerdem notwendig sein, gemeinsam Begriffe wie "Zivilgesellschaft", die nicht ohne weiteres auf andere Länder übertragen werden können, genauer zu untersuchen und zu klären, was denn "neue Formen von Politik" gegen den Neoliberalismus sein sollen.

Bekanntlich lautet der vielzitierte Ausspruch von Marcos: "Es ist nicht notwendig, die Welt zu erobern. Es reicht, sie neu zu schaffen. Durch uns. Heute." Auch wenn die Welt neu geschaffen werden soll, wäre es vermutlich vorteilhaft, aus den Erfahrungen und Fehlern vergangener Befreiungsbewegungen zu lernen. Mit welchen Verhältnissen haben wir es in dieser neoliberalen Phase zu tun, wodurch zeichnen sie sich aus?

In einigen Diskussionsbeiträgen, die im Internet veröffentlicht werden, wird der Neoliberalismus als eine neue Form des Kapitalismus verstanden. International sei das Kapital schon zuvor gewesen, aber im Zuge der Globalisierung erhalte der Staat eine andere Funktion, Eingriffsmöglichkeiten fallen weg, eine Rückkehr zum Wohlfahrtsstaat nicht mehr möglich. Deshalb könnten sich neue Politikformen nicht mehr auf den Staat konzentrieren, der Proteste bloß mit massiver Polizeigewalt und Ausgrenzung beantwortet.

Ann Stafford

[Seitenanfang](#)